

RECHTE

gegen Rechts? Wie man die Demokratie durch anständigen Aufstand retten kann (nicht).

S. 24

RASEREI

mit dicken Karren, und möglichst viel Sprit - so maskulin sind (r)echte Klimagegner.

S. 6

RICHTUNG

Festung Europa: die EU und ihr neuer menschenverachtender Asylbeschluss.

S. 13

RASSISMUS

im Alltag und über das Privileg, sich als unpolitisch darstellen zu können.

S. 9

RECHTS RUCK

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

Während Umwelt- und Menschenrechtskatastrophen stetig ansteigen, rücken Österreichs Gesellschaft und Politik immer weiter nach Rechts. Filmreife Spionagevorfälle im ehemaligen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (S. 16), rechtsextreme Geheimtreffen und eine zunehmende Kriminalisierung von emanzipatorischen Bewegungen (S. 22) zeigen eines: Österreich und seine staatlichen Institutionen sind von rechten Netzwerken durchzogen.

In einer zunehmend autoritären und ausgrenzenden Gesellschaft muss unsere politische Teilhabe über das Wahlrecht und leere Worthüllen hinausgehen. Verschiedenste Organisationen rufen hier dazu auf, auf die Straße zu gehen, um unsere Demokratie zu verteidigen - aber wird uns eine möglichst breite

Brandmauer inklusive Schulterchluss mit mitte-rechts Politiker_innen schützen? (S. 24) Sollen wir diese Demokratie überhaupt verteidigen, in der gerade wieder menschenverachtende Asylgesetze auf EU-Ebene verabschiedet wurden? (S. 13) Und was für ein Privileg es ist, dem allen aus Unbetroffenheit den Rücken zu kehren, lest ihr auf Seite 9.

In unserer Aktivismus-Rubrik geht es unter anderem um die Unterwanderung von Protestbewegungen (ab S. 22), während unser Kulturteil mit Lese- und Filmempfehlungen Hoffnung auf Veränderung gibt (ab S. 29). Um die Inhalte zugänglicher zu gestalten, haben wir ein Glossar mit Fachbegriffen angelegt, dieses findet ihr auf S. 35.

Wir wünschen ein gutes restliches Semester - unsere nächste Printausgabe könnt ihr am Anfang des Wintersemesters 24/25 erwarten. Während der vorlesungsfreien Zeit, findet

ihr uns online auf Instagram unter [*@progressmagazin*](https://www.instagram.com/progressmagazin), sowie auf unserer Website [*progress-online.at*](http://progress-online.at).

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen mitwirkenden Personen bedanken, die Artikel geschrieben, Illustrationen gezeichnet, fotografiert, rezensiert, den Druck organisiert, lektoriert und das Layout und Design überarbeitet haben!

Wenn du Lust hast, auch bei der nächsten Ausgabe mitzuwirken, schreib uns gerne: [*progress@oeh.ac.at*](mailto:progress@oeh.ac.at)

Frohes Schmökern,
Eure *progress* Redaktion

VORSITZKOMMENTAR

- 04 DAS VORSITZTEAM**
positioniert sich gegen Rechts.

GESELLSCHAFT & RECHTSRUCK

- 06 DER SUV ALS GELEBTE MÄNNLICHKEIT**
Was dicke Karren, rechte Klimapolitik und das Patriarchat verbindet.

- 09 ÜBER DEN VERDRÄNGTEN RASSISMUS IN ÖSTERREICH**
In einem Land, das sich weigert, seinen Rassismus anzuerkennen, bleibt der Kampf gegen Vorurteile und Ausgrenzung eine aussichtslose Aufgabe.

POLITIK & RECHTSRUCK

- 13 MAKE THE FORTRESS EUROPE FALL**
Die GEAS-Reform als Höhepunkt der EU-Abschottungspolitik: so haben linke Organisationen (nicht) auf diese Krise reagiert.

- 16 DER VERFASSUNGSSCHUTZ UND SEINE NAZIS?**
Über Spionageskandale, dubiose Durchsuchungen und enge Kontakte zu österreichischen Neonazis im (aufgelösten) BVT.

- 19 ZWISCHEN ZAHLEN UND BUCHSTABEN**
Buchstabenabfolgen, „Dog Whistles“ und Emoji-Kombinationen: so kommunizieren Rechte ihre Gesinnung.

Impressum gem §24 und Offenlegung gem §25 Abs 2 und 4 MedienG

Ausgabe: 02/2024
Auflage: 47.000
Erscheinungsmonat: Mai
Medieninhaber_in: Österreichische Hochschüler_innenschaft, Taubstumengasse 7-9, 1040 Wien
Telefon/Fax: 01 310 88 80-0 / 01 310 88 80-36
Vertretungsbefugte Vorsitzende: Nina Mathies
Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/abo
(Wir bearbeiten keine Abo-Fragen über den allgemeinen Kontakt)
Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at
Redaktion: Adrian Erhart, Eluïsa Kainz, Vanessa Hundertpfund
Druck & Druckort: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., A-3580 Horn

AKTIVISMUS GEGEN RECHTSRUCK

- 22 UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION**
Kriminalisierung von linkem Protest und die Notwendigkeit von Antirepressionsarbeit.

- 24 FÜR EINEN ANSTÄNDIGEN AUFSTAND**
Die „Demokratie verteidigen“-Demos streben eine möglichst „breite Brandmauer“ gegen Rechts an - reicht das?

- 26 IM WINDSCHATTEN DER UNZUFRIEDENHEIT**
Wie Rechtsextreme Proteste unterwandern und für sich nutzen.

KULTUR GEGEN RECHTSRUCK

- 29 BEYOND TRAGEDY**
Five femicides in one day: how art can (re)interpret political reality.

- 31 NICHT NUR LESEN GEGEN RECHTS, ABER AUCH**
Die Leseliste gegen Rechts bietet eine Auswahl an Büchern, die Hoffnung für den politischen Kampf gegen Rechts spenden.

- 32 ZERLEGUNG MENSCHLICHER ABGRÜNDE**
Buchrezension

- 33 POLEN, POLITIK, PERFORMANCE**
Theaterrezension

- 35 GLOSSAR GEGEN RECHTS**
Begriffserklärung

Autor_innen: Carlotta Partzsch, Eryk Wałowski, Hannes Zaunhuber, Julia Gaiswinkler, Mehrta Shirzadian, Moritz Leitner, Niliüfer Dag, Rote Hilfe, Stefan Meindl, Sebastian Grayer, Susanna & Sandrine, Tina Waften
Fotograf_innen: Elias Posch, Fiona Sinz/ÖH, Lukas Pürmayr, Vanessa Hundertpfund
Illustration: Elia Mycelia, Margaretha Briksi

Lektorat: Ursula Kohlmaier

Cover: Elias Posch

Layout: Mo Hartmann





© Fiona Sinz/ÖH

Von links nach rechts: Sarah Rossmann, Nina Mathies, Simon Neuhold

VORSITZKOMMENTAR

Liebe Studierende,

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist von großer Bedeutung, da es um grundlegende Werte unseres Zusammenlebens geht. Jeder Mensch sollte sich in unserer Gesellschaft sicher und respektiert fühlen können und die Möglichkeit haben, sein Leben frei zu gestalten. Doch leider erleben wir einen bedenklichen Anstieg von Antisemitismus, rassistischen Übergriffen und rechten Tendenzen, die tief in unseren Strukturen und unserer Gesellschaft verankert sind. Als Vertretung aller Studierenden in Österreich ist es unsere Verantwortung, diese Strukturen zu hinterfragen und uns für eine Gesellschaft einzusetzen, in der „Nie wieder“ keine leere Phrase ist, sondern Realität. Der Rechtsextremismus bedroht unsere demokratischen Prinzipien und spaltet unsere Gemeinschaft durch Angst, Vorurteile und Hass.

Besonders besorgniserregend ist der wiedererstarrende Antisemitismus in Österreich, der jüdische Menschen dazu zwingt, ihre Identität zu verstecken und antisemitische Übergriffe zu fürchten. Es ist inakzeptabel, dass rechtsextreme Ideologien in unserer Gesellschaft Fuß

fassen und diskriminierende Politik betrieben wird, während Solidaritätsbekundungen oft brüchig und heuchlerisch sind.

Rechte Tendenzen bedrohen nicht nur unsere Grundwerte, sondern auch die Wissenschaftsfreiheit. Die Wissenschaft sollte ein Ort der freien Ideen und Erkenntnisse sein, doch rechte Ideologien können diese Freiheit einschränken, indem sie versuchen, wissenschaftliche Erkenntnisse zu instrumentalisieren oder zu unterdrücken, die ihren eigenen Vorstellungen widersprechen. Dies führt zu einer Verzerrung der Forschungsergebnisse und einem Klima der Intoleranz an den Hochschulen. Daher ist es wichtig, dass wir nicht nur in Politik und Gesellschaft, sondern auch in der Wissenschaft gegen rechte Ideologien kämpfen und für die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit eintreten.

Es ist an der Zeit, dass wir uns aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren und nicht länger tatenlos zusehen. So viel Verbesserungsbedarf die bürgerliche Demokratie an sich hat, ist sie doch der aktuellen Alternative, nämlich der Rückkehr zum Faschismus, eindeutig vorzuziehen und

mit aller Kraft zu verteidigen. Mit allen Mitteln, die uns dafür zur Verfügung stehen. Dass die rechten Kräfte im Land daran Anstoß nehmen, ist uns nur recht, denn genau gegen diese wollen wir ja auch vorgehen. Die Leute, die sich bei „Nazis raus“ angesprochen fühlen, sind genau die, die auch angesprochen werden.

Der Kampf gegen den Faschismus erfordert eine gemeinsame Anstrengung und die Bildung von Bündnissen, um eine breite Front gegen rechte Ideologien zu schaffen.

Als Organisation tragen wir eine Verantwortung, eine Atmosphäre der Offenheit und des Respekts zu fördern und uns solidarisch hinter diejenigen zu stellen, die von Unterdrückung betroffen sind. Der Kampf gegen Rechtsextremismus betrifft uns alle und erfordert ein gemeinsames, entschlossenes Vorgehen. Deshalb ist diese Ausgabe des Progress Magazins ein weiterer Schritt, dem Rechtsextremismus entgegenzuwirken und an unser aller Verantwortung im Kampf gegen den Faschismus zu appellieren.

Euer ÖH-Vorsitzteam,
Nina, Sarah & Simon



**RECHTS
RUCK
& GESELL
SCHAFT**

DER SUV ALS GELEBTE MÄNNLICHKEIT

Was dicke Karren, rechte Klimapolitik und das Patriarchat verbindet.

Schon lange ist Klimapolitik kein ausschließlich grünes Steckenpferd mehr. Rechtspopulistische Parteien haben längst das Empörungspotenzial für sich erkannt und polemisieren gegen selbsternannte „Klimaterroristen“ oder das Diesel-Aus. Dabei durchlaufen rechte Parteien eine argumentative Gratwanderung. Während es vor einigen Jahren in rechtspopulistischen Fraktionen noch als en vogue galt, den Klimawandel und damit einhergehende Maßnahmen zu revidieren, erkennen immer mehr rechte Politiker_innen die menschliche Einflussnahme auf das Klima. Dieser Paradigmenwechsel rührt nicht zuletzt aus der Erkenntnis rechter Parteien, dass ihre Polemik gegen die „Eliten“ auch ganz ohne Leugnung des Klimawandels greift. Und weil Klimapolitik etwas mit hegemonialer Männlichkeit zu tun hat.

Müde vom Klima. Obwohl es einen anhaltenden Konsens über die Relevanz und Notwendigkeit von Klimapolitik gibt, lässt sich ein „Greenlash-Effekt“ beobachten. Gemeint damit ist eine zusehends negative Einstellung zu wirkungsvoller Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik. Diese „climate fatigue“, also Klimamüdigkeit, rührt unter anderem aus dem größer werdenden Zweifel an der sozialen Gerechtigkeit von klimapolitischen Maßnahmen und weil eine gewisse Lebensweise als bedroht erscheint. Dass in diesen realen Befürch-

tungen enormes politisches Verdruss-Potenzial steckt, zeigt auch ein Blick in die Vergangenheit.

Im Herbst 2018 erleuchteten Frankreichs Städte und Autobahnen in grellen Neonfarben. Über 250.000 Menschen gehen auf die Straßen, um gegen die Regierung zu protestieren. Zum Symbol der landesweiten Proteste werden gelbe Neonwesten. Grund für die angeheizte Stimmung war ein umfangreiches CO₂-Steuerpaket Macrons, das Benzin- und Dieselpreise verteuerte, ohne gleichermaßen auf die soziale Verträglichkeit der Preiserhöhung zu achten. Die Proteste waren also vorprogrammiert. Denn wie bei allen Verbrauchssteuern sind einkommensschwächere Haushalte prozentual stärker betroffen als einkommensstarke, weshalb derartige Steuern ohne Rückverteilung nur die Vermögensdisparität begünstigen. Das Gesetzespaket empfanden viele als Einschnitt in ihren Lebensstil, weshalb Macron in Folge der Proteste zurücksrudern musste.

Jene Skepsis spiegelt sich auch in einer Eurobarometer Studie aus dem Jahr 2022 wider: Etwa bezweifeln 46% der Befragten, dass nachhaltige Energie für alle leistbar sein wird. Die Frage nach Nachhaltigkeit und Umweltschutz ist für viele Menschen eine ökonomische, weshalb man vielerorts weitreichenden Maßnahmen eher mit Zurückhaltung be-

gegnet. Negiert man diese Tatsache, spielt man Rechtspopulist_innen in die Karten. Verdruss über klimapolitische Maßnahmen ist aber auch deshalb zu beobachten, weil rechtspopulistische Politik es bestens versteht, politisches Kleingeld aus den gesellschaftlichen Dynamiken zu schlagen - in Frankreich und anderswo. Der zu beobachtende „Greenlash“-Effekt lässt sich zudem auch nicht nur durch seine wirtschaftlichen Zusammenhänge erklären.

Der kleine Mann und das Klima. Zu der berechtigten Skepsis gegenüber der sozialen Verträglichkeit von CO₂-Steuern, wie in Frankreich, gesellt sich nämlich ein identitätspolitisches Sentiment der Empörung. Eine Gemengelage, die der Rechtspopulismus längst in seine Strategie integriert hat. Als bedroht erscheint hier nicht nur die ökonomische Grundlage, sondern gleich eine ganze Lebensweise und Haltung. Eine explizit patriarchale Lebensweise, die stark mit dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen verbunden ist.

Die Argumentationsformel dabei ist bestens bekannt: Klimapolitische Maßnahmen werden als oktroyierte Verbotspolitik der „Eliten“ imaginiert, die sich an der Lebensweise von Otto Normalverbraucher stößt. Typisch hierbei - ideologische Vereinnahmung wird immer woanders, nie jedoch bei sich selbst

verortet. Gleichermaßen stilisieren sich Herbert Kickl und Co als vermeintliche Verteidiger_innen des kleinen Mannes, dessen Freiheiten es zu beschützen gilt. Es ist hier aber nicht nur der sprichwörtliche „Kleine Mann“, den rechte Politiker_innen auch in klimapolitischen Anliegen für sich beanspruchen. Denn in westlichen Männlichkeitsvorstellungen nimmt fossile Energie einen prominenten Stellenwert ein. Dicke Karren mit hohem Spritverbrauch markieren eben immer noch eine weit verbreitete Vorstellung von Maskulinität.

„**Petro-Masculinity**“: Der SUV als geliebte Männlichkeit. Die Politologin Cara Daggett spricht etwa von sogenannter „Petro-Maskulinität“, um die spezifische Korrelation von hegemonialer Männlichkeit und fossiler Energie (also Petrol/Petro) zu beschreiben. Der Verbrauch von fossiler Energie, konkret etwa in der Form von Verbrennungsmotoren in großen SUVs, sei demnach essenzieller Bestandteil in der Performanz und Auslebung von westlich geprägten Männlichkeitsvorstellungen, so Daggett.

Um den identitätspolitischen Impetus von fossiler Energie zu verstehen, hilft auch ein Blick in die Vergangenheit. Den Befund, dass die westliche Wohlstandskultur nicht ohne entsprechenden fossilen Energieverbrauch zu denken ist, wusste nämlich schon die postkoloniale

Theorie. Dipesh Chakrabarty (2009) etwa beschrieb die Errungenschaften der westlichen Moderne als „energy-intensive“, also in starker Abhängigkeit zu fossilem Brennstoff: Der westliche Wohlstand fußt gewissermaßen auf einem unerschöpflichen Verbrauch von fossilen Brennstoffen.

Insbesondere im 20. Jahrhundert war fossile Wirtschaftspolitik eine Garantie für hohe Beschäftigungsquoten und gesellschaftliche Prosperität. Wohlstand, der nicht ohne seine immanent patriarchale Ausrichtung zu denken ist, wie auch die Politologin Daggett weiß. Richtete sich die Wirtschaft doch vor allem an eine Gesellschaftsordnung, in der hegemoniale Männlichkeit eng mit dem intensiven Verbrauch von fossilen Brenn-

stoffen verbunden war. Für den männlich geprägten Wohlstand der westlichen Industrienationen wurde fossile Energie also zum *sine qua non*.

„Petro-Maskulinität“ ist insbesondere deshalb ein interessanter Erklärungsansatz für den massiven Backlash, den Klimapolitik erfährt, weil fossiler Energie in der Auslebung und Performanz von patriarchaler Männlichkeit eine so große Rolle zukommt. Diese ideelle Dimension von fossiler Energie dient buchstäblich als zündender Treibstoff für rechte Identitätspolitik, denn fossiler Brennstoff nimmt einen immensen kulturellen und ideellen Stellenwert ein, wie die Politologin Cara Daggett es ausdrückt. Fossile Energie fungiert gewissermaßen als Chiffre für den breiten Wohlstand der



© Lukas Pürmayr

westlichen Industrienationen, für patriarchale Selbstverwirklichung und klare gesellschaftliche Verhältnisse. Zustände also, die in einer spätkapitalistischen Moderne zusehends Brüchigkeit erfahren und im Selbstverständnis rechtspopulistischer Parteien von einer linken Ideologie als bedroht imaginiert werden.

Der Philosoph Zygmunt Baumann gebrauchte einst das Kunstwort „Retrotopie“, um das Herbeisehnen einer vermeintlich besseren Vergangenheit zu beschreiben, die in modernen Gesellschaften den utopischen Weitblick hin zu einer besseren Zukunft verdrängt habe. Petro-Maskulinität ist nichts anderes als ein solcher nostalgischer Reflex Baumannscher Art, ein Zurückwünschen einer unwiederbringlich vergangenen Zeit. Eine Zeit, in der ein großspuriger SUV noch ein Symbol des männlichen Wohlstands war und nicht der Klimagegnoranz. Rechtspopulistische Politik versteht es, diese Sehnsucht bestens zu instrumentalisieren. Paradebeispiel für diese „Petrol-Nostalgie“ ist Donald Trump, der in seiner Amtszeit just aus dem Pariser Klimaabkommen austrat und damit signalisierte, dass seine Wählerschaft auch in Zukunft keine Sorge zu hegen braucht, auf schwere Pick-Up Trucks zu verzichten.

Klimapolitik mit Rechtsdrall. Nachhaltiger Klimapolitik wird somit ein identitätspolitischer Spin von rechts verpasst und gegen eine angeblich elitäre und



© Lukas Pürmayr

vermeintlich links-ideologische Vereinnahmung behauptet. Nicht zuletzt deshalb treffen polemische Sager gegen die Eindämmung fossiler Energien in der männlichen Kernwählerschaft rechtspopulistischer Parteien auf so hohe Resonanz. Nicht nur in den USA, sondern auch in Österreich.

So überrascht es kaum, dass einst die leidige Debatte rund um das von der FPÖ geforderte Tempolimit 140 auf Österreichs Autobahnen so großen Widerhall erfuhr. Dass mittlerweile auch das konservative Politspektrum die Klaviatur des populistischen Argumentariums bestens zu bespielen weiß, zeigt auch ein Blick in die österreichische Innenpolitik. Vergangenes Frühjahr verkündete der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer mit dem Brustton der Überzeugung, dass Österreich „*das Autoland schlechthin*“ (Wie Karl Nehammer die ÖVP Zurück in die Zukunft führt, 2023) sei. Kurz darauf kündigte Nehammer beim selbst veranstalteten Autogipfel sogar das bereits auf EU-Ebene beschlossene Ende des Verbrennungsmotors an. Eine rhetorische Umarmung an all jene, die durch wirksame Nachhaltigkeitspolitik und die Eindämmung von fossiler Energie ihre Identität gefährdet sehen.

Der frontale Klimaskeptizismus rechtspopulistischer Akteur_innen scheint etwas altbacken geworden zu sein und als Argumentationsstrategie überholt. Das dreiste Leugnen von anthropogener Einflussnahme auf das Klima hat als Strategie einschlägiger Parteien unter anderem auch deshalb ausgedient, weil rechtspopulistische Politakteur_innen erkannt haben, dass sie Klimapolitik bestens für ihre eigenen identitätspolitischen Interessen gebrauchen können - und das auch ganz ohne Klimaleugnung.

Chakrabarty, D. (2009). The Climate of History: Four The-
ses. *Critical Inquiry*, 35(2), 197-222.

Daggett, C. (2018). Petro-masculinity: Fossil Fuels and
Authoritarian Desire. *Millennium*, 47(1), 25-44.

Fairness perceptions of the green transition. (2022, Okto-
ber). European Union. [www.europa.eu/eurobarometer/
surveys/detail/2672](http://www.europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2672)

Wie Karl Nehammer die ÖVP zurück in die Zukunft führt.
(2023, 10. März). DER STANDARD. www.oh.at/SUV1

Stefan Meindl studiert Zeitgeschichte
und Medien an der Universität Wien.

ÜBER DEN VERDRÄNGTEN RASSISMUS IN ÖSTERREICH

In einem Land, das sich weigert, seinen Rassismus anzuerkennen, bleibt der Kampf gegen Vorurteile und Ausgrenzung eine aussichtslose Aufgabe.

Das erste Lichtermeer gegen Rechts fand in Österreich 1993 in Wien statt. Ziel dieser Demonstration war es, ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu setzen. Auslöser dafür war das Volksbegehren „Österreich zuerst“ – auch Anti-Ausländer-Volksbegehren genannt. Initiator des Volksbegehrens war Jörg Haider, damals noch Vorsitzender der FPÖ, der in den folgenden Jahren mit seiner Anti-Ausländer-Kampagne und -Partei politische Höhenflüge erleben sollte.

Ver- und Entfremdung. Folglich wurde die erste schwarz-blaue Koalition 2000 gebildet und erhielt 2002 eine Neuaufgabe bis 2005. Ich bin 1992 geboren, kam also genau zu Zeiten von wieder aufkochendem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Welt und spürte das auch. Ich war wie gebrandmarkt – mein Name, meine Haare, die Tatsache, dass meine Erstsprache nicht Deutsch war, all das machte mich fremd. Zu einer Frem-

den. Diese Ver- und Entfremdung spürte ich überall und in jedem Aspekt meines Lebens, weil sie es mich spüren ließen. Die Kinder und Jugendlichen mit denen ich in einer Klasse sitzen musste, deren Eltern, die Nachbarn, meine Lehrer_innen und auch Menschen auf der Straße, im Supermarkt, in Behörden – überall. Ich konnte damals nicht benennen, was es war, ich wusste, dass sie mich als anders wahrnahmen und dass ich nichts tun oder sagen konnte, um diese Andersartigkeit, diese Fremdartigkeit zu konterkarieren. Ganz im Gegenteil, alles was ich sagte oder tat wurde als Beweis für diese Fremdartigkeit wahrgenommen und ich dafür ausgeschlossen.

Heute weiß ich, dass ich teils äußerst aggressive rassistische Übergriffe erlebt habe, nicht nur von Gleichaltrigen, sondern vor allem von Erwachsenen, die sich in solch einer Intensität in meinem Erwachsenenleben nie wiederholt haben. Nicht etwa, weil die Gesellschaft toleranter geworden ist, ganz im Gegenteil, weil es einfacher ist, Hass und Aggression auf ein Kind zu projizieren als auf eine Erwachsene. Es geht also nicht nur um Migranten_innen, sondern konkret ihre

Kinder, ‚Migrantenkinder‘. Diese Kinder waren und sind nie so viel wert wie ‚echte österreichische Kinder‘, aber darüber hinaus wurden und werden sie als Bedrohung für das Land wahrgenommen. Hinter ihrer Existenz wird eine feindliche Übernahme vermutet, was die Traditionsschützer_innen Österreichs, also Rassist_innen, im wahrsten Sinne des Wortes wild werden lässt. Ursachenbekämpfung auf österreichisch eben.

Österreich und der Rassismus. Ich weiß aber auch, dass es keinen Sinn macht, in Österreich eine Diskussion über Rassismus anzustoßen, weil es hier keinen Rassismus gibt. Österreich belegt zwar die Spitzenposition jeder Rassismus-Statistik, die im EU-Raum durchgeführt wird, aber niemand hier ist rassistisch. Österreich hat höchstens ein ‚Ausländer-Problem‘, ein ‚Einwanderer-Problem‘, ein ‚Flüchtlings-Problem‘, aber doch kein ‚Rassismus-Problem‘! Wenn, dann sind es doch die Einheimischen, die fürchterlich unter dem ‚Ausländer-Problem‘ leiden und das Recht haben, sich und ihre Kultur und Tradition zu verteidigen.

Und damit schließt sich der Kreis wieder:



© Lukas Fürmayr

Eine Rückkehr zu Traditionen, das wird das ‚Ausländer-Problem‘ lösen. Tradition statt Multikulti ist die neue Kampagne der ÖVP, mit der sie jetzt Wahlkampf macht. Fehlt nicht sehr viel bis ‚Daham statt Islam‘ (einer vergangenen FPÖ Kampagne) und ja, natürlich ist das beabsichtigt. Sie haben schon lange erkannt, was die Wähler_innenschaft von ihnen will und geben es ihr regelmäßig – mal subtiler, mal plumper, aber immer bedarfsgerecht. Spätestens seit die FPÖ wieder konsistent mit 30% die Umfragen dominiert, zeichnet sich bundesweit eine dritte Auflage von FPÖVP ab – weil die letzte so viel Spaß gemacht hat. Jetzt geht es eben darum, wer blauer sein kann, denn das will die Mehrheit der Österreicher_innen. Sie will sich überlegen fühlen gegenüber diesen fremdartigen Ausländer_innen, die nicht in ihre ‚Tradition‘ passen. Sie will diese fremden Ausländer_innen schlechtergestellt und bestraft wissen, denn wie kommen sie dazu, von unserem Sozialsystem zu profitieren? Von einem

System, in das sie reinzahlen, seit sie in Österreich leben und arbeiten, aber rausbekommen dürfen sie nichts. Das muss man sich erarbeiten! Als hätten Migrant_innen je was anderes gemacht als zu arbeiten und zwar in Jobs, die Österreicher_innen nicht machen wollen, während sie von ebendiesen argwöhnisch beäugt, verspottet und erniedrigt wurden.

Jedes Migrantenkind mit Arbeitereltern kennt Geschichten von unfairen Verhältnissen auf der Arbeit, von verbaler Gewalt und manchmal auch von Übergriffen – kennt Tränen der Wut, der Trauer, der Aussichtslosigkeit, und weiß auch, dass die Zu- und Umstände, die dazu führen, beabsichtigt sind.

Durch die Familienzusammenführung in den 70er Jahren sammelten sich eben zu viele Fremde in diesem Land. Dies erkannte man als Fehler und erkannte auch, dass es zusätzliche Mechanismen zur Gesetzgebung braucht, um diese Fremden

wieder loszuwerden, weil es eben hin und wieder keine schwarz-blaue Regierung geben kann. Der Grund dafür: mannigfaltige Korruptionsskandale und Akteur_innen, die Millionen an Steuergeldern veruntreuten, aber wer ist da schon so genau?

Das Resultat davon lässt sich sehen: Menschen, die nach Österreich kamen, in der Hoffnung, sich hier ein besseres Leben aufzubauen, kehren nach 30, 40 Jahren geleisteter Arbeit und mit einem geschundenen, abgenutzten Körper wieder in ‚ihre‘ Heimat zurück. Oftmals hat sich die besagte Heimat nicht sonderlich stabilisiert in der Zwischenzeit, ganz im Gegenteil, aber alles ist besser, als für etwas gehasst zu werden, was man an sich nicht ändern kann.

Rassistisch sind immer die anderen. Und die anderen? Die nicht FPÖVP wählen? Tja, was ist mit den anderen, das ist eine gute Frage. Sie reproduzieren

„(...) es sind eben immer die anderen, die rassistisch sind.“

sehr unreflektiert rassistische Erzählungen über Ausländer und Fremde. Ja, viele dieser Menschen würden wohl nicht abstreiten, dass es Rassismus in Österreich gibt, und dass dieser Rassismus das Leben von diversen Gruppen von Menschen schwieriger macht, nur würden sie diesen Rassismus nie bei sich verorten – es sind eben immer die anderen, die rassistisch sind. Die Demos gegen Rechts sind immer gut besucht, nur frage ich mich, ob die Menschen dort wirklich wissen, wogegen sie demonstrieren.

Sinnvoller, als auf diesen Demos zu stehen, wäre es, Zivilcourage zu zeigen und einzugreifen, wenn ein rassistischer Übergriff passiert, auf menschenverachtende Hintergründe von Begriffen aufmerksam zu machen, wenn diese fallen, auch wenn keine Ausländer_innen anwesend sind und sich ernsthaft mit der Frage nach Privileg und Unterdrückung auseinanderzusetzen – vor allem mit den eigenen Privilegien. Aber von Menschen in privilegierter Position zu verlangen, diese zu hinterfragen, gehört zu den Unmöglichkeiten dieser Welt, denn sie sind ja gar nicht privilegiert.

Privilegien. Ein Privileg ist alles, worüber man sich keine Gedanken machen muss. Unpolitisch zu sein, wie die meisten auf diesen Demos, ist ein Privileg. Einen echten österreichischen Namen zu tragen, ist ein Privileg. Sich keine Gedanken über Anfeindungen im öffentlichen Raum machen zu müssen, ist ein Privileg. All das sind Privilegien, die vielen in Österreich verwehrt bleiben.

Ich schaue mir Bilder von besagten Demos an und bin erschlagen vom Selbstinszenierungsdrang. Mir kommen Schilder unter wie Döner statt Nazis; ich höre Diskussionen mit, wo vermeintliche Allies (= Personen, die sich aktiv für die Unterstützung und Solidarität mit marginalisierten Gruppen einsetzen und selbst nicht betroffen sind) die Frage danach stellen, wer denn die Drecksarbeit macht, wenn es keine Ausländer_innen mehr gibt – so kurzfristig, diese Rassist_innen; ich muss mir anhören, wie mir ebendiese vermeintlichen Allies erklären, dass ich trotz meiner muslimischen Eltern ganz cool bin – und ich empfinde nichts als Resignation. Nichts, was ich je sagen oder machen könnte, würde irgendetwas an der Situation ändern, denn ich spre-

che aus einer Betroffenheitsperspektive und kann daher nicht ernst genommen werden. Ein Favorit ist auch: Du musst das unemotional sehen. Weil ja erst meine Emotionen den Rassismus problematisch machen.

Nach vielen Jahren hier bin ich das alles gewohnt. Ich mache mir keine großen Gedanken mehr, ob oder wie das Rassismus-Problem in Österreich bewältigt werden könnte, weil ich keine Zukunft hier für mich sehe. Ich habe mich abgefunden mit den ständigen Anfeindungen, der Hetze, den Beleidigungen und dem Spott. Ich habe erkannt, dass das für viele hier fast schon einen Selbstzweck erfüllt, oder besser gesagt einige sogar erst mit Leben und Sinn erfüllt, wenn sie hassen und verachten können – es macht Sinn, wenn man sich die Geschichte vor Augen führt. Ich habe mich damit abgefunden, dass ich eine Gefahr und Bedrohung für dieses wunderschöne Land darstelle und muss gestehen: ich wollte es nie.

RECHTS RUCK & POLITIK



MAKE THE FORTRESS EUROPE FALL

Die GEAS-Reform als Höhepunkt der EU-Abschottungspolitik und linke Antworten auf die Krise(n).

Am 10. April wurde vom EU-Parlament die sogenannte GEAS-Reform beschlossen. Sie ist der aktuelle Höhepunkt einer konsequenten Aushöhlung des Asylrechts und der Entrechtung von Nicht-Europäer_innen und reiht sich in einen jahrzehntelangen Prozess ein, in dem die EU den Zugang von außen so weit wie möglich limitiert und kontrolliert.

Die GEAS-Reform hat das Ausmaß des Rechtsrucks offenbart, der sich seit Jahren schleichend in der gesamten EU vollzieht. Da auch vermeintlich liberale und linke Parteien dafür gestimmt haben, zeigt sich, dass rechtspopulistische Politik mittlerweile kein Phänomen am rechten Rand mehr ist, sondern schon längst in der sogenannten „Mitte“ verankert ist. Seit Jahren können wir europaweit eine Verschärfung des Diskurses um Flucht und Migration erleben, in der vor allem rassifizierte Menschen kriminalisiert und entmenschlicht werden. Diese gesellschaftliche Stimmung hat nun den Weg freigemacht für ein durch und durch rassistisches und menschenverachtendes Asylgesetz. Um das Ausmaß der Reform begreifen zu können, müssen wir jedoch zuerst verstehen, wie es dazu kam und was in der Reform beschlossen wurde.

Die GEAS-Reform kam nicht überraschend. GEAS steht für „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ und hat dementsprechend zum Ziel, ein EU-weit einheitliches Asylsystem festzulegen. Die Forderung nach standardisierten Asylverfahren wurde im Kontext der starken Belastung der EU-Außenstaaten vor allem seit 2015/2016 lauter, da durch eine höhere Zahl an Ankommenden die

Was ist ein „Sicherer Drittstaat“? Als vermeintlich „sicher“ gelten jene Nicht-EU-Staaten, in denen den Antragstellenden in Teilen des Landes keine Gefahr vor Verfolgung und/oder illegaler Zurückweisung droht. Den EU-Mitgliedstaaten ermöglicht dies, dass sie Asylanträge ablehnen und die Antragstellenden in diesen „sicheren Drittstaat“ abschieben können. Für Länder, mit denen die EU ein Migrationsabkommen hat, gilt eine Sicherheitsvermutung.

Schwächen des sogenannten Dublin Systems offensichtlich wurden. Durch die Dublin-Verordnung von 1997 wurde festgelegt, dass jener EU-Staat, den Asylsuchende als erstes betreten, für die Bearbeitung des Asylantrags und gegebenenfalls die Asylgewährung zuständig ist. Dies führte zu einer Überlastung von Ländern wie zum Beispiel Griechenland und Italien, die darauf mit der Errichtung von „Auffanglagern“ reagiert haben.

Anstelle der proklamierten temporären Unterkünfte traten Lager, in denen tausende Menschen unter widrigsten Bedingungen teilweise jahrelang zusammengepfercht festgehalten wurden. Das berühmte Zitat der EU-Kommissarin Ylva Johansson „No more Morias“, mit dem auf den Brand im Lager „Moria“ 2020 reagiert wurde, hat sich allerdings nicht in Form einer Verbesserung der Situation für die Ankommenden an den EU-Außengrenzen realisiert, sondern in der verstärkten Abschottung der gesamten Union.

GEAS legalisiert den rechtswidrigen Status Quo. Offiziell soll die GEAS-Reform einen besseren Umgang mit Migrationsbewegungen bewirken. Faktisch schafft sie einen rechtlichen Rahmen für Praktiken, die bereits seit Jahren an den Außengrenzen betrieben werden, obwohl sie gegen Asyl- und Menschenrechte verstoßen. Doch was beinhaltet sie konkret?

1. Ankommende sollen in Sammellagern an den EU-Außengrenzen festgehalten werden können. In diesen Lagern gelten die schutzsuchenden Personen offiziell als „nicht eingereist“ - obwohl sie sich bereits auf EU-Boden befinden. Diesen Status behalten sie, bis in einem für drei Monate geplanten Verfahren geprüft worden ist, ob sie eine „Aussicht auf Asyl“ haben oder nicht. Menschen, die aus einem Land kommen, in dem in den Vorjahren weniger als 20% der Menschen Asyl gewährt bekommen haben, sollen direkt abgeschoben werden können. Außerdem sollen Menschen, die aus einem sogenannten „sicheren Drittstaat“ geflohen sind oder auf ihrer Flucht durch einen solchen gekommen sind, wieder in diesen abgeschoben werden können. GEAS sieht zudem vor, die Kriterien für „sichere Drittstaaten“ auszuweiten, was im Endeffekt bezweckt, dass es mehr Länder gibt, in die abgeschoben werden kann.

Damit wird den antragstellenden Personen ihr Recht auf ein individuelles Asylverfahren verwehrt. Pushbacks, das bedeutet das illegale und meist gewaltsame Zurückdrängen von Asylsuchenden über die Staatsgrenze, werden damit legalisiert und systematisch im großen Stil ermöglicht. Dieser Filtermechanismus ist



© Vanessa Hundertpfund

im Kern unvereinbar mit dem individuellen Recht auf Asyl laut Genfer Flüchtlingskonvention! Denn in einem Asylverfahren haben die Antragsstellenden das Recht, die eigene individuelle politische Verfolgung darzulegen.

Sie sind nicht dazu verpflichtet, eine gesetzlich festgeschriebene Vermutung über die Situation im Herkunftsland zu widerlegen. Die GEAS-Reform bedeutet deshalb, dass das Recht auf Asyl praktisch ausgehebelt wird. NGOs kritisieren schon lange, dass Menschen, die in den Lagern an den Außengrenzen eingesperrt sind, keinen Zugang zu rechtlicher Unterstützung haben und sie befürchten, dass sich dies mit dieser geplanten Vorverlagerung der Grenzverfahren verschärfen wird.

2. Mit der GEAS-Reform wurde auch die sogenannte „Krisen-Verordnung“ verabschiedet. Diese soll es in Szenarien von „Krise, höherer Gewalt oder Instrumentalisierung“ ermöglichen, die bereits niedrigen Schutzstandards noch weiter zu senken. Die Szenarien sind in den Verordnungen allerdings so vage definiert, dass Mitgliedsstaaten sehr flexibel von der Verordnung Gebrauch machen können.

Wir stellen „Küstenwache“ unter Anführungszeichen, weil ihre Aktivitäten wenig mit Seenotrettung zu tun haben. Die sogenannte libysche „Küstenwache“ führt regelmäßig Pullbacks durch, das heißt, Menschen wird die Ausreise verwehrt. Libyen, das nach Bürgerkriegen seit 2022 zweigeteilt ist, gilt als Transitland für Menschen aus ganz Afrika. Doch in den „Auffanglagern“ herrschen fatale Missstände, die von Menschenhandel bis zu Folter und Mord reichen.

3. Um die Staaten an den europäischen Außengrenzen vermeintlich zu entlasten, enthält die GEAS-Reform außerdem einen sog. „Solidaritätsmechanismus“. Durch diesen können Länder bei „erhöhtem Migrationsdruck“ verlangen, dass andere EU-Staaten Asylsuchende aufnehmen. Diese können dann entweder der Forderung Folge leisten – oder sich freikaufen, indem sie Personal in die betreffenden Länder entsenden oder 20.000€ pro ankommende Person zahlen. Dieses Geld soll dann in die weitere Mi-

grationsabwehr fließen. Das heißt zum Beispiel in die Grenzüberwachung durch Frontex, einer europäischen Agentur für „Grenzschutz“, oder die sogenannte libysche „Küstenwache“.

Dass der Begriff der „Solidarität“ in der Reform verwendet wird, verweist auf die Doppelmoral der EU. Denn diese vermeintliche Solidarität bezieht sich auf die gemeinsamen Unternehmungen in der rassistischen Abschottung der EU vom Rest der Welt, nicht auf die Solidarität mit Menschen aus Ländern des Globalen Südens. Mit GEAS stimmten vermeintlich nicht-rechte Regierungen dem zu, was das rechte Lager seit Jahren fordert: eine „Festung Europa“ zu errichten. GEAS ist ein Beschluss, der schockieren sollte, da er die rassistische Politik der EU ans Tageslicht bringt.

Wo blieb der Protest? Doch ein großer Aufschrei gegen die GEAS blieb aus. In Wien fand am 10. April eine Demonstration gegen die Reform statt, an der gerade mal rund 300 Personen teilnahmen. Wo waren die 35.000, die bei der „Demokratie verteidigen“-Demo im Jänner gegen Rechts auf die Straße gegangen sind? Wo blieb die zivilgesellschaftliche Kritik?

„Aktuell wird sichtbar, wie sehr rechte Einstellungen inzwischen (...) normalisiert sind.“

Wo blieb die zivilgesellschaftliche Kritik daran, dass die österreichische Bundesregierung die Reform mitgetragen hat?

„Die humanitäre, menschenrechtliche Skandalisierung scheint ausgedient zu haben“, so eine Rednerin auf der Kundgebung in Wien. Aktuell wird sichtbar, wie sehr rechte Einstellungen inzwischen im Diskurs normalisiert und in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Doch auch in linken Organisationen ließen die Proteste gegen die GEAS-Reform zu wünschen übrig, auf die frühen Warnungen von NGOs über die geplante Reform folgte keine nennenswerte Reaktion. Was sagt uns das über den Zustand der Linken, wenn eine Kritik am Abbau des Asylrechts und ein gemeinsamer Kampf gegen die rassistischen und menschenunwürdigen Zustände an den EU-Außengrenzen ausbleiben?

Raus aus der Isolation. Uns muss bewusst sein, dass es sich bei der Situation an den europäischen Außengrenzen, der Klimakrise und der erstarkenden Rechten nicht um isolierte Probleme handelt. Vielmehr fällt hier an verschiedenen Stellen die Krisenanfälligkeit des gesamten Systems auf. Rassismus erfüllt bis heute eine funktionale Rolle für das kapitalistische Produktionssystem, da dadurch Ausbeutungs- und Ausgrenzungsverhältnisse legitimiert werden. Dies zeigte sich offensichtlich in der Ausbeutung BIPOCs im Kolonialismus und hält in weniger sichtbarer Form bis heute an, wenn Menschen ohne europäischen Pass am Arbeits- und Wohnungsmarkt diskriminiert werden, um Unternehmen als billige Arbeitskräfte den Profit zu sichern. Durch rassistische Ideologie werden die materi-

ellen Vorteile der Menschen im globalen Norden gegenüber Migrant_innen aus Ländern des globalen Südens verteidigt. Zudem erfüllen Neiddebatten und das Narrativ um begrenzte Ressourcen, die von Zuwanderung bedroht wären, sozialpsychologische Funktionen. Denn bei allgegenwärtigen Abstiegsängsten und der Frustration über vermeintlich unveränderbare Verteilungsverhältnisse, wird Konkurrenz geschürt, die von rechten Parteien auf eine konstruierte Bedrohung von außen projiziert wird. Rassismus als ein auf Vorurteilen basierendes Bewusstseinsproblem zu verstehen, wie es in liberalen Antirassismus-Debatten der Fall ist, greift also zu kurz. Es wird nicht reichen, die katastrophale Situation an den EU Außengrenzen lediglich mit der Forderung nach „mehr Toleranz“ zu bekämpfen. Wer in diese Falle tappt, ist auch nicht in der Lage, die verschiedenen Krisen, denen wir aktuell gegenüberstehen, zu fassen. Die Kritik am Rassismus der EU und in der europäischen Gesellschaft muss mit der Kritik an kapitalistischen Verhältnissen einhergehen.

Doch auch in den radikaleren linken Organisationen scheint die Verbindung der Kämpfe gegen Rassismus und Kapitalismus ein bloßes Lippenbekenntnis zu bleiben. Wir tendieren dazu, uns als einzelne Gruppen mit spezifischen Problemen auseinanderzusetzen und verlieren dabei den Blick für den gemeinsamen Nenner unserer Bestrebungen. Das wäre jedoch angesichts der multiplen Krisen, denen wir heute als Gesellschaft gegenüberstehen - von steigenden Lebenshaltungskosten über Kriege bis zum Klimakollaps - dringend notwendig. Diese lähmen augenscheinlich einen großen Teil der Linken und führen bis

zur Resignation aufgrund vermeintlicher Aussichtslosigkeit. Umso wichtiger wäre es daher, entgegen der Perspektiv- und Hilflosigkeit, die einzelnen Kämpfe in der Praxis zu verbinden und solidarisch nebeneinander zu stehen.

Wenn wir hinsichtlich der EU-Wahlen im Juni und der Nationalratswahlen im Herbst gegen das Erstarken rechter Kräfte arbeiten wollen, müssen wir uns eingestehen, dass es, so wie es gerade läuft, nicht funktionieren wird. Unserer Meinung nach ist eine gemeinsame Diskussion darüber nötig, was wir der rassistischen Abschottungspolitik der EU entgegensetzen können und wie wir diese Arbeit mit lokalen Kämpfen langfristig vereinen können. Wir brauchen ein konsequentes Zusammendenken von Herausforderungen, das sich auch in der Praxis niederschlägt. Es reicht nicht zu fordern, dass die GEAS-Reform nicht eingeführt wird (obwohl das natürlich ein riesiger Erfolg wäre). Wir müssen die Utopie einer solidarischen Gesellschaft jenseits kapitalistischer Logiken einfordern, in der Bewegungsfreiheit und offene Grenzen zusammen mit leistbarem Wohnraum, Gesundheitsversorgung und einem guten Leben für Alle existieren.

Über einen materialistischen Antirassismus Begriff: Mendivil, E. R. & Sarbo, B. (2022). Die Diversität der Ausbeutung: Zur Kritik des herrschenden Antirassismus. Für mehr Infos zur GEAS-Reform: PRO ASYL. (o. D.). PRO ASYL – Der Einzelfall zählt. www.oh.at/G1 Sicherere Drittstaaten: PRO ASYL. (2023, 10. März). Das Ende vom Flüchtlingsschutz in Europa? Die Gefahr von »sicheren Drittstaaten« | PRO ASYL. www.oh.at/G2

Susanna und Sandrine studieren Soziologie an der Universität Wien und beschäftigen sich in ihrer politischen Arbeit mit der Situation an den EU-Außengrenzen.

DER VERFASSUNGSSCHUTZ UND SEINE NAZIS?

Spionageskandale, dubiose Durchsuchungen und enge Kontakte zu österreichischen Neonazi-Strukturen im mittlerweile aufgelösten Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zeigen eines: der österreichische Verfassungsschutz scheint ein Problem mit Rechtsextremen in den eigenen Reihen zu haben.

Die Marsalek Bande. Rund um die neu auftauchenden Spionageskandale spielt hier der ehemalige Verfassungsschützer Egisto Ott eine zentrale Rolle. Zusammen mit seinem Vorgesetzten Martin Weiss, der wiederum direkter Mitarbeiter des untergetauchten Russlandspions Jan Marsalek ist, war Ott Teil eines Spionage-Netzwerkes innerhalb des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung.

Die Vorwürfe an eben diesen Spionage-Kreis sind lang. So soll Egisto Ott etwa Dokumente zum russischen Nervengift Nowitschok herausgegeben, gestohlene Smartphones von Spitzenbeamten an Spione verkauft, illegal Personendaten abgefragt und bei der Jagd auf einen Kreml-kritischen Journalisten geholfen haben. (1)

Suspendierungen und Evakuierungen. Bereits 2018 machten ausländische Geheimdienste auf die Russland-Verstrickungen von Egisto Ott (und anderen) aufmerksam: dieser wurde vom BVT zwar suspendiert, konnte kurze Zeit später aber in der ‚Sicherheitsakademie‘ schon

Jan Marsalek ist ein ehemaliger Spitzenmanager, der in einem milliarden schweren Betrugsfall rund um das Wirecard-Unternehmen zu einem aktiven Agenten des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wurde. Er wird seit 2020 von mehreren europäischen Sicherheitsbehörden gesucht und ist in Russland untergetaucht. Marsalek hat(te) zahlreiche Verbindungen zu hohen österreichischen Beamten, wie etwa dem Ex-Spitzen-Politiker Johann Gudenus (FPÖ) und zwei Verfassungsschützern. Über diese Verbindungen hat Jan Marsalek zahlreiche sensible Informationen an den Kreml weitergegeben.

wieder als Polizist tätig sein. Hier spioniert Ott einfach weiter und späht für seinen ehemaligen Vorgesetzten Martin Weiss, der nun für Jan Marsalek arbeitet, zahlreiche Personen aus. Bis zuletzt waren Egisto Ott und Martin Weiss in Spionageskandale verwickelt; während Martin Weiss aber in Dubai auf freiem Fuß ist (und wahrscheinlich nie vor ein österreichisches Gericht kommen wird) sitzt Egisto Ott seit März 2024 in U-Haft.

Neue Details. Wöchentlich kommen neue Details in der ‚Causa Egisto Ott‘ ans Tageslicht. Über die 573 seitigen ‚Faktenblätter D‘ der ‚AG Fama‘, einer Ermittlungskommission im Bundesministerium für Inneres, ist nun bekannt geworden, dass Egisto Ott in mehreren

Fällen illegal Antifaschist_innen ausspionierte. Bereits 2016 soll der Verfassungsschützer Adressen von mindestens 43 Personen und deren Umfeld abgefragt und möglicherweise an Rechtsextremisten weitergegeben haben. (2)

Die betroffenen Antifaschist_innen wurden zu keinem Zeitpunkt darüber informiert, dass ihre Daten, darunter auch Wohnadressen, möglicherweise an organisierte Rechtsextremisten weitergegeben wurden. Es scheint ganz so, als war Egisto Ott die Verfolgung von progressiven Kräften ein Herzensprojekt.

Legale und Illegale Methoden. Für die Verfolgung von antifaschistischen Aktivist_innen nutzte das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung neben illegalen Aktivitäten (wie etwa Datenabfragen) auch ganz legale Rechtskonstruktionen. Im Zuge der Ermittlungen im sogenannten ‚Antifa2020 Prozess‘ wurde der Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Vereinigung und Organisation“ konstruiert. Mit diesem Vorwurf wurden weitreichende Ermittlungsmethoden, wie etwa das Abhören von Mobiltelefonen, legitimiert und die Möglichkeiten von Repressionen erheblich erweitert.

Prioritäten. Egisto Ott ist in dem weiten ‚Skandal Verfassungsschutz‘ nur das Symptom einer kaputten Institution. Eine Institution, der ein nicht haltbarer ‚Extremismusbegriff‘ zugrunde liegt. In diesem verdrehten Extremismusbegriff werden etwa linke und rechte Gewalt



© Vanessa Hunderpfund

gleichgesetzt; die vermeintliche ‚politische Mitte‘ wird zur ‚demokratischen Mehrheit‘ auserkoren. Diese Fehlanalyse erkennt die autoritäre Zuspitzung eben dieser ‚politischen Mitte‘ nicht. Im spürbaren Rechtsruck werden Rassismus, Antisemitismus und andere menschenfeindliche Diskriminierungsformen genau hier wieder salonfähig. Der österreichische Verfassungsschutz beschäftigt sich indes lieber mit der Verfolgung von Antifaschist_innen, diffamiert diese als ‚staatsgefährdend‘.

Aus den Akten zum Antifa2020 Prozess geht etwa hervor, dass in fast jedem Bericht des damaligen Verfassungsschutzes eine politisch verdrehte Meldungslegung zu finden ist. Antifaschist_innen werden als extremistisch und gewaltbereit beschrieben, Rechtsextreme werden hingegen als ‚rechtsgerichtete Bürgerbewegung‘ bezeichnet und beschönigt. Gleichzeitig hatte das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung offensichtlich keine Ressourcen für tatsächliche Terrorismusbekämpfung. So wurden

Warnungen von ausländischen Geheimdiensten zu dem späteren islamistischen Attentäter in der Wiener Innenstadt ignoriert. Dieser hatte im November 2020 in unmittelbarer Nähe des Wiener Stadttempels mehrere Menschen ermordet.

Rechtsextremer Sumpf. Die Liste an Querverbindungen zwischen österreichischen Sicherheitsbehörden und zentralen Rechtsextremist_innen ist lang; FPÖ-nahe Beamt_innen und Politiker_innen scheinen als Scharnier zwischen dem organisierten Rechtsextremismus auf der einen Seite und der parlamentarischen Rechten auf der anderen zu fungieren. Der Verfassungsschutz wird hier zum Legitimationswerkzeug, mit der die Kriminalisierung von progressiven Bewegungen vorangetrieben wird und weitreichende Repression ermöglicht wird.

In einer 2018 vom damaligen Innenminister Herbert Kickl angeordneten Razzia des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, welche von der FPÖ-nahen ‚Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität‘

durchgeführt wurde, wurden große Mengen an Daten und Informationen über rechtsextreme Netzwerke vernichtet. Der Leiter ebendieser Razzia soll dabei enge Kontakte zu Neonazi Gottfried Küssel gehabt haben.

2022 gab es außerdem Berichte, nach denen zufolge die FPÖ versucht haben soll, sich Personendaten über Egisto Ott zu besorgen. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung Otts wurde ein Eisernes Kreuz samt Hakenkreuz gefunden. Dass im unmittelbaren Nachfeld der illegalen Datenabfragen ein Einbruch durch Neonazis bei einer abgefragten Person versucht wurde, bestärkt die Vermutung, dass Ott die abgefragten Daten an Rechtsextreme weitergegeben hat.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung war und ist neben Spionageskandalen also augenscheinlich auch in rechtsextreme Netzwerke verwickelt, weitere vermeintliche ‚Einzelfälle‘ sind in der Quellenbox angeführt. (3) und (4)

„Der Hass auf progressive Bewegungen vieler österreichischer Beamt_innen ist gefährlich.“

Am rechten Auge weiter blind? Mit der offiziellen Schließung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung hören die Skandale aber noch lange nicht auf. In Österreich besteht der jetzige ‚Verfassungsschutz‘ aus der bundesweit agierenden Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst und den einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Obwohl das ehemalige BVT aufgelöst ist, bestehen weiterhin klare bis rechtsextreme Strukturen innerhalb der Landesämter. In Wien etwa untersteht das zuständige Landesamt der Landespolizeidirektion Wien, welches wiederum von Gerhard P. geleitet wird, der selbst aktiv in einer völkisch-nationalen schlagenden Burschenschaft war. Das Wiener Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung gilt als FPÖ-nahe, erreicht diese in dortigen Gewerkschaftswahlen doch regelmäßig 40% und mehr. Während antifaschistische Kräfte hier als ‚staatsgefährdend‘ eingestuft und verfolgt werden, scheinen gerade die Landesämter am rechten Auge weiterhin blind zu sein.

Der Hass auf progressive Bewegungen vieler österreichischer Beamt_innen ist gefährlich: sowohl für antifaschistische Aktivist_innen, die der Gewalt von Rechtsextremen ausgesetzt sind als auch für das Projekt einer gesellschaftlichen Veränderung. Wenn Rechtsextreme nicht gezielt verfolgt werden, verhindern die Landesämter für Verfassungsschutz damit auch progressive Politik.

Die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) ist seit dem 1. Dezember 2021 die Nachfolgeorganisation des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Sie untersteht dem Bundesministerium für Inneres und damit dem derzeitigen Innenminister Gerhard Karner, seines Zeichens Mitverantwortlicher des ‚Dr. Engelbert-Dollfuß-Museums‘ in Niederösterreich und 2021 mit schwerwiegenden Antisemitismuvorwürfen konfrontiert. (5)

Mehr Überwachung. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes werden seit Jahren ausgeweitet. Unter einer fadenscheinigen Argumentation fordert hier auch die ÖVP und ihre DSN weitreichendere Möglichkeiten der Überwachung und Repression. Das alles wird unter einem rassistischen Sicherheitsbegriff legitimiert, der Migrant_innen und als migrantisch angenommene Personen als ‚Gefahr für die Demokratie‘ diffamiert. Über diesen Sicherheitsbegriff rechtfertigt der österreichische Staat auch seine Unterstützung des europäischen Abschieberegimes. In seinem menschenfeindlichen Verständnis muss hier die ‚Festung Europa‘ geschützt werden, Zuwanderungsströme werden zum ‚Sicherheitsrisiko‘ erklärt. Gleichzeitig sind linke Bewegungen immer mehr Repressionen ausgesetzt. Das zeigt sich unter anderem auch in der Kriminalisierung der kurdischen Befreiungs-

bewegung. Egal ob Sicherheitsbehörden nun dysfunktional und korrupt (wie das aufgelöste BVT) oder effektiv sind: Sie sind immer eine Gefahr für progressive Linke und vor allem diskriminierte Gruppen. Dem Diskurs um staatliche und öffentliche Sicherheit liegen menschenfeindliche Narrative zu Grunde; insbesondere der Verfassungsschutz ist hier Einfallstor für Rechtsextremismus, Rassismus, Missbrauch und Gewalt. Ein Umstand, der leider nicht verwundet.

Linke Bewegungen stellen immer auch das Bestehende infrage, denken Gesellschaft neu, frei von diskriminierender Gewalt und Faschismus.

(1) Wie Egisto Ott zum gefürchteten Doppelaugen für Russland wurde. (2024, 05. April). DER STANDARD. www.oh.at/V1

(2) Ex-BVT-Agent Ott zapfte offenbar illegal Daten zu Antifaschisten ab. (2024, 24. April). DER STANDARD. www.oh.at/V2

(3) Hackspiel, S. (2022, 11. Februar). Rechtsextremismus-Vorwurf: Kärntner LVT-Leiter Tauschitz muss gehen | Tiroler Tageszeitung Online. Tiroler Tageszeitung Online. www.oh.at/V3

(4) Die verräterische Küssel-Mail. (2024, 19. April). DER STANDARD. www.oh.at/V4

(5) Rücktrittsaufforderung an Innenminister Karner wegen antisemitischer Rhetorik. (2021, 13. Dezember). DER STANDARD. www.oh.at/V5

Anmerkung der Redaktion: Die folgenden Abkürzungen, Phrasen und Zahlen geben einen exemplarischen Überblick über gängige Codes und Symboliken, die im rechtsextremen Milieu verwendet werden. Dieser Artikel soll deren Bedeutung erklären und aufzeigen, welche Wort-, Zahlen- und Emojikombinationen im Alltag zu vermeiden sind, um kein rechtes Gedankengut, auch außerhalb eines rechtsextremen Kontextes, zu reproduzieren.

ZWISCHEN ZAHLEN UND BUCHSTABEN

So kommunizieren Rechte im Netz.

Wenn Zahlen, Worte und Symbole für rechtsextreme Kommunikation missbraucht werden, kann sich Hass frei ausbreiten. Ein Versuch, dem entgegenzuwirken.

„Mir wurscht, jedem das Seine.“ Ein Satz, der im Alltag des Öfteren fällt. Vielen mag er in keinem problematischen Kontext bekannt sein, doch tatsächlich war „Jedem das Seine“ die Inschrift des Lagertores des KZ Buchenwalds. Ursprünglich in der römischen Rechtstradition als „suum cuique“ auf Gerechtigkeit abzielend, missbrauchten die Nationalsozialist_innen den Ausspruch im KZ Buchenwald, im Sinne der menschenverachtenden NS-Vernichtungsideologie, um den erdachten Unterschied zwischen „Herrenmenschen“ und „Minderwertigen“ sichtbar zu machen. Der Häftling und ehemalige Bauhaus-Schüler Franz Ehrlich schmuggelte jedoch die von den Nazis als „entartete Kunst“ geächtete Bauhaus-Moderne in die Architektur des Lagertors ein. Ebenso häufig wird der vermeintlich harmlose Begriff der „Sonderbehandlung“ verwendet. Auch hier kann nicht von Harmlosigkeit gesprochen werden. Die erste Erwähnung findet sich laut der „GRA – Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus“ am 20. September 1939. Die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs: „Ermordung/Tötung von Gegnern des nationalsozialistischen Regimes, sowie von Angehörigen der als minderwertig erachteten Völker und anderer nicht erwünschter Personengruppen.“

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass Menschen, die die bisher genannten Phrasen verwenden, nicht automatisch rechtsextrem sind. Besonders da es sich um heute gängige und mit anderer Bedeutung behaftete Redewendungen handelt und der Kontext wichtig ist. Ist dieser eindeutig diskriminierend, so ist die Bedeutung der verwendeten Phrasen zumeist klar.

Dog Whistles. Anders ist es hingegen bei den folgenden Codes, dog whistles genannt. Zwei Blitze, ob als Tattoo, Graffiti oder ausgeschrieben als „SS“ verweisen etwa auf die „Schutzstaffel“, welche 1925 als Leibgarde Hitlers gegründet wurde und ab 1934 als selbstständige Organisation innerhalb der NSDAP agierte. Seit 1946 ist sie als verbrecherische Organisation verboten. Besonders online ist die Verwendung verbotener Symbole und dog whistles in Form von Emojis eine beliebte Methode, um sich untereinander erkenntlich zu geben. So sind etwa aufeinanderfolgende Emojis in Kreis-, Quadrat- oder Herzform in schwarz, weiß, rot oder die Flagge des Jemen, wenn sie umgedreht betrachtet wird, ein Code für die sogenannte deutsche Reichsflagge. Zwei Blitz-Emojis stehen als „Sig-Rune“, wie bereits erwähnt, für die NS-Terrororganisation „SS“.

Dabei greifen rechtsextreme Codes oft auf Verschwörungserzählungen zurück. Die schiere Zahl dieser lässt eine exakte Aufzählung unmöglich werden. Während es im direkten Gespräch noch möglich

ist, sie leicht zu erkennen, gestaltet sich dieses Unterfangen im Netz schwieriger. Insbesondere dann, wenn nur mehr Emojis genutzt werden, um sich ihrer zu bedienen. Die Emojis der braunen Tür, sowie gepostete Kugelschreiber, verharmlosen beziehungsweise leugnen den Holocaust. Susanne Siegert klärt auf TikTok als „keine.erinnerungskultur“ über NS-Verbrechen auf und was es mit den Emojis in diesem Kontext auf sich hat. In kruden und antisemitischen Verschwörungserzählungen wird mit der Holztür behauptet, die Türen zu den Gaskammern seien einfache Holztüren gewesen, durch die Gas leicht hätte austreten können. Außerdem sei Anne Franks Tagebuch eine Fälschung, da der Text offensichtlich mit Kugelschreiber geschrieben sei, welche zu dieser Zeit zwar schon patentiert, jedoch noch nicht massentauglich war. Beide Theorien sind faktisch widerlegbar. Ebenso schwierig ist die Situation, wenn rechtsextremes Gedankengut und Hass über Akronyme und Zahlen verbreitet werden.

Ein Rätsel. Was ist mit TJD, AJAB, BH, UAO, WAP und ZOG gemeint? Zur Auflösung später. An dieser Stelle sei gesagt, dass nur selten so viel Hass in einem Satz zu finden ist, wie im vorhergehenden. So auch in der Phrase „never lose your smile“, welche oft in Verbindung mit dem Totenkopf als Symbol der SS verwendet wird, dessen Verwendung in Deutschland und Österreich verboten ist. Vermeintlich harmlose Alltagssymbole und Zahlen werden von Rechtsextremist_innen missbraucht, um sich untere-



inander erkenntlich zu machen. So etwa auch das Zeichen für „ok“, welches beim Tauchen und auch als Emoji Verwendung findet. Als dog whistle intoniert bedeutet es „white power“. Die schriftlich Versierten der rechten Szene gebrauchen dafür auch gerne das Akronym WP/WAP, die Abkürzung für „white (aryan) power“ also „weiße (arische) Macht“. Es gehört zu den zentralsten und meistgebrauchten Codes der rechten Szene und soll die Überlegenheit einer „arischen Rasse“ zum Ausdruck bringen.

Doch man bedient sich nicht nur dieser Abkürzungen. So wird beispielsweise das bekannte ACAB zu AJAB abgewandelt, die „cops“ durch „jews“ ausgetauscht. TJD fordert den „total jew death“, während TMD den „total muslim death“ will. Eine beliebte Abwandlung dessen ist auch die zunächst harmlos wirkende Aussage des „totally joyful day“.

UAO bezeichnet als „united as one“ die Grußformel weißer Rassist_innen, BH ist das Erkennungszeichen des rechtsextremen Terrornetzwerkes „Blood & Honour“, welches in Österreich und Deutschland verboten ist. ZOG oder JOG bezeichnet im Sinne einer neonazistischen Verschwörungsideologie Regierungen weltweit, die zionistisch oder jüdisch vereinnahmt seien: es steht für „zionist/jewish occupied government“.

8-5-9-12 8-9-20-12-5-18. Ein ganzer Satz. Was erst nach einer mathematischen Gleichung aussieht, bringt für Gleichdenkende zum Ausdruck, welcher Gesinnung man sich bedient. Übersetzt steht der erste Teil der Zahlenkombination für Heil und der zweite für Hitler. Dass die rechtsextreme Szene sich mit dem Alphabet auskennt, ist damit klar. Nicht selten finden sich unterschiedliche Zahlenkombinationen an Hauswänden, in

Kommentarspalten und sogar als Schmierereien bei KZ-Gedenkstätten.

28, 18, 88, 14 (words) und 109/110 sind mitunter die Populärsten. So steht die 28 (BH) für „Blood & Honour“, 18 (AH) für „Adolf Hitler“ und 88 (HH) für „Heil Hitler“. 14 (words) steht für „We must secure the existence of our people and a future for white children“ („Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft weißer Kinder schützen“). Ein Ausspruch des US-Neonazis David Eden Lane, der mit „our people“ die „arische Rasse“ meint.

Die 109/110 bezeichnet, wie die Anti-Defamation-League erklärt, eine antisemitische Behauptung, dass jüdische Menschen aus 109 verschiedenen Ländern vertrieben worden seien und deshalb, schreibt die Anti-Defamation-League, „ein bösesartiges und schädliches Volk sein müssen, um aus so vielen Orten vertrieben worden zu sein.“ Die 110 soll hier auf den ‚110sten Ort‘ der Vertreibung jüdischer Menschen anspielen.

Bei der vorgestellten Fülle an rechtsextremen Codes und NS-belasteten Begriffen und Sprüchen kann es schwierig sein, den Überblick zu behalten. Trotzdem ist es wichtig, ebendiese als Solche zu erkennen, um zu ihrer Bekämpfung beizutragen. Schließlich kann NS-Sprech nur dann erfolgreich unterbunden werden, wenn er immer wieder problematisiert wird.

www.adl.org/resources/hate-symbols/search

www.belltower.news

www.nina-nrw.de/codes-und-symbole/

www.demokratieundvielfalt.de/publikationen/#rechtsextremismus-entgegenreten

Julia Gaiswinkler studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaften sowie Germanistik an der Uni Wien.

**AKTIVISMUS
GEGEN
RECHTS
RUCK**



UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION

Kriminalisierung von linkem Protest und die Notwendigkeit von Antirepressionsarbeit.

Wann immer sich Rechte die Straße oder das Parlament nehmen, gibt es Menschen, die das nicht unkommentiert lassen. Dabei werden politische Aktivist_innen jedoch oft selbst Betroffene von staatlichen Repressionen. Im Lichte des aufsteigenden Autoritarismus in Gesellschaft und Politik stellt sich die Frage, wie sich dieser auf strafrechtliche Verfolgung von Aktivist_innen und damit verbundene Solidaritätsarbeit auswirken könnte.

Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Rechte Parteien nutzen ihre politische Macht dafür, gesetzliche Änderungen in ihrem Sinne herbeizuführen. Dass dabei auch gezielt politischer Aktivismus eingeschränkt wird, ist nichts Neues: Vermehrten Eingriffen unterlag in der Vergangenheit die Versammlungsfreiheit.

Erst 2017 verschärfte eine Novelle das Versammlungsgesetz: Einerseits wurde die Frist für das Anmelden von Versammlungen von 24 auf 48 Stunden erhöht, was es verunmöglicht, spontane Demos zu organisieren, ohne eine Strafe für das späte Anmelden zu erhalten. Andererseits wurde der Schutzbereich eingeführt, welcher de facto eine Verbotzone um eine Versammlung bildet, in der keine andere stattfinden kann. Daraus resultierte eine schlagartige Erhöhung von Verwaltungsstrafen gegen Aktivist_innen und Organisator_innen seit 2017.

Obwohl die FPÖ seit den Corona-Demonstrationen die Versammlungsfreiheit in ihrer Wichtigkeit hervorhebt, wird sich die Partei wohl für weitere Einschränkungen einsetzen. Im oberösterreichischen Landtag sprechen sich ÖVP und FPÖ bereits

Politische Repression

Mit politischer Repression ist im weiteren Sinne der gezielte Einsatz staatlicher oder institutioneller Macht, um oppositionelle Bewegungen und Aktivist_innen zu unterdrücken oder zu kontrollieren gemeint. Politische Repression äußert sich unter anderem durch Einschränkung der Meinungsfreiheit, juristische Verfolgung von Oppositionellen, Zensur, verstärkter Überwachung und Polizeigewalt.

jetzt für zusätzliche Verschärfungen aus, um gegen Proteste der „Letzten Generation“ vorzugehen.

Die Rechtslage in anderen Ländern zeigt, welche Änderungen noch möglich wären: In Nordrhein-Westfalen wurden neue, weitreichende Straftatbestände geschaffen, die Gegendemonstrationen faktisch verbieten. Außerdem wurde ein Verbot für Demos auf Autobahnen eingeführt. Anlass waren hier Proteste aus der Klimabewegung, wie beispielsweise die Besetzung des Kohleabbaugebiets in Lützerath. Mehrere NGOs, darunter Amnesty International, kritisierten das Gesetz stark und gingen dagegen vor – bis jetzt erfolglos.

Kriminalisierung und Verfolgung.

Politisch motiviertes Handeln beobachten wir jedoch nicht nur in Gesetzen und Gesetzessänderungen, sondern auch im Verfolgungswillen der Justiz gegenüber linken Aktivist_innen. Bei Ermittlungen gegen Antifaschist_innen im „Antifa 2020“-Verfahren wurde der Vorwurf der kriminellen Vereinigung § 278 StGB herangezogen, um weitreichende

Kompetenzen zur Observation zu ermöglichen und gleichzeitig das Bild von linken Demonstrant_innen als kriminelle Bande zu zeichnen. Noch vor Anklage wurde dieser Paragraf fallen gelassen. Mit diesem Vorwurf wurden bereits Aktivist_innen im „Tierschützerprozess“ und aktuell auch die „Letzte Generation“ konfrontiert.

Es gibt unzählige Beispiele, die zeigen, dass bei linkem Aktivismus eine starke Motivation der Strafverfolgungsbehörden vorliegt. Auffällig ist im Gegensatz dazu auch, wie wenig Ressourcen in Verfahren gegen Personen aus dem rechtsextremen Spektrum fließen. Wenn Ermittlungsverfahren gegen linke Aktivist_innen ohne Anfangsverdacht Monate später dann doch eingeleitet werden, obwohl sich die Staatsanwaltschaft ursprünglich dagegen entschieden hatte, liegt der Verdacht nahe, dass durch eine interne Weisung interveniert wurde. Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Rechtsextremist_innen hingegen ziehen sich über Monate und Jahre; die Justiz steuert gegen zunehmende rechte Gewalt nur wenig entgegen, blockiert mit dem Weisungsrecht sogar gezielt Verfahren.

Es wird also eines klar: Der Einfluss, den eine rechte Regierung, allen voran eines_r Justizministers_in, mit dem Weisungsrecht auf strafrechtliche Verfahren hat, ist eindeutig und bereitet Sorgen.

Polizei – Kein Freund und Helfer. Die Polizei ist im Staat kein neutraler Akteur, der nur Gesetze umsetzt. Mit ihrem Gewaltmonopol schafft die Polizei Fakten, um ihr eigenes Vorgehen zu legitimieren und wird dabei von der Politik geschützt. Dass die Polizei dabei besonders motiviert

gegen linke Aktivist_innen vorgeht und gleichzeitig am rechten Auge blind ist, zeigen diverse „Einzelfälle“ von Polizeigewalt und internen Skandalen.

Bei der „BlockGas“-Demonstration 2023 etwa wurden Klimaaktivist_innen in einem Polizei-Kessel mit Pfefferspray besprüht und der Vorwurf der „Schweren gemeinschaftlichen Gewalt“, für den Haftstrafen von bis zu zwei Jahren möglich sind, seitens der Polizei konstruiert. Im Gegensatz dazu blieben Corona-Demonstrationen, die während der Pandemie zum Sammelbecken für Rechtsextreme jeder Couleur wurden, oft ohne Maßnahmen. Der Einsatzleiter begrüßte freudig einen der verummten Demonstranten. „Er ist einer von den Guten.“, sagte eine Maßnahmegegnerin über jenen Polizisten, wie in einem Video des Presseservice Wien zu sehen ist. Kritik oder Konsequenzen bleiben aus. Repressionen von Seiten der Polizei gegenüber linkem Aktivismus werden von einer rechten Regierung nicht nur akzeptiert, sondern offen unterstützt. Für politische Aktivist_innen bedeutet das einen Anstieg an präventiven Untersagungen, übermäßige polizeiliche Präsenz sowie unverhältnismäßige Maßnahmen und Gewalt. Besonders betroffen von Repressionen sind hier, aufgrund von Racial Profiling, People of Colour. Hier wird Gewalt von Polizei und Staat mit einem menschenfeindlichen Sicherheitsbegriff legitimiert, der People of Colour in einem rassistischen Generalvorwurf angebliche Kriminalität anhängt. Legitime emanzipatorische Proteste werden durch Polizei und Politik als extremistische Gewalttat geframed. Das verstärkt die gesellschaftliche Entwicklung nach rechts und soll linke Bewegungen als Ganzes in der Bevölkerung diskreditieren. Mit Sorge be-

obachten wir auch die zunehmende Aufrüstung und Militarisierung der Polizei, die von rechten Parteien vorangetrieben wird. Seit 2019 befindet sich in jeder Polizeistreife in Österreich ein Sturmgewehr. Die Einführung einer berittenen Polizei, die vor allem bei der Auflösung von Menschenmengen zur Anwendung kommen sollte, konnte noch gestoppt werden. Als Herzensprojekt von Herbert Kickl könnte diese Idee jedoch bald wiederbelebt werden. Ein weiteres Beispiel für Aufrüstung ist die Verwendung von Gummischrot bei Demonstrationen in der Schweiz und Frankreich. Aktuell ist der Einsatz in mehreren europäischen Ländern, darunter auch Österreich, verboten. Polizeigewerkschaften setzen sich hier allerdings immer wieder für eine Legalisierung ein.

Du, ich, wir sind Rote Hilfe. Repressionen sind die staatliche Antwort auf einen linken Aktivismus, der den Status quo und das Machtmonopol des Staates infrage stellt. Als Linke drängt uns diese Analyse dazu, uns mit den Wirkungen von Repression auseinanderzusetzen.

Bereits in der ersten Republik vor über 100 Jahren machten es die politischen Gegebenheiten notwendig, eine Hilfsorganisation für die Opfer der Klassenjustiz zu gründen. Obwohl die Umstände heute andere sind, ist Solidaritätsarbeit immer noch relevant.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen hin zu einer autoritären Gesellschaft und einem Ausblick, der Sorgen bereitet, ist es notwendig, Strukturen auszubauen, die sich mit Repressionen beschäftigen. All jene Menschen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit Nachteile erleiden,

wie zum Beispiel vor Gericht gestellt, zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder Polizeigewalt erfahren, sollen Unterstützung erhalten. Betroffen hat es einige, gemeint sind wir Alle.

Menschen, die sich für gesellschaftliche Veränderung einsetzen, sollen das in dem Bewusstsein tun, dass sie nicht ohne politische und finanzielle Unterstützung dastehen. Den Versuchen der staatlichen Behörden, zu isolieren, Ohnmachtsgefühle zu schüren und exemplarische Strafen auszusprechen, stellen wir das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigen zum Weiterkämpfen.

Wir wissen, dass Repressionen wirken und auf uns in Zukunft noch viel mehr Arbeit zukommen wird, die uns an unsere Grenzen und vielleicht auch selbst in den Fokus der Justiz bringen könnte. Dennoch darf sich daraus keine Resignation ergeben, sondern nur die Aufforderung, weiterzumachen. Über Generationen hinweg treten zahlreiche Genoss_innen in solidarische Beziehungen zueinander, die weder durch Repression noch Verbote zerbrochen werden konnten. So soll es auch in Zukunft sein.

Rechtsinfokollektiv – RiKo. www.oh.at/R1
 Presseservice Wien. (2021, 7. November). KONFORMISTISCHE REBELLEN
 Verschwörungsideologie und Antisemitismus während der Corona-Pandemie [Video].
 YouTube. www.youtube.com/watch?v=c55qEzhK3bM
 Kappa. (2023, 6. Mai).
 LEIPZIG, DIE REPRESSION WIRKT. REDEN WIR DARÜBER- Kappa. www.oh.at/R2

Die Rote Hilfe Wien ist eine strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation, die Menschen unterstützt, die aufgrund ihrer linkspolitischen Aktivität Nachteile erleiden.

FÜR EINEN ANSTÄNDIGEN AUFSTAND

statt einem Aufstand der Anständigen.

Wir müssen unsere Demokratie verteidigen! Es braucht einen Aufstand der Anständigen. Her mit einer klaren Grenze im demokratischen Diskurs: ob konservativ oder liberal - gegen Nazis sind wir doch alle. Oder?

Dass im deutschsprachigen Raum Millionen von Menschen gegen Rechts auf die Straßen gehen ist nicht alltäglich und schwer zu übersehen. Doch parallel dazu findet auch ein weniger sichtbarer Kampf um die Deutungshoheit über die Proteste statt. Sind wir jetzt gegen Rechts oder gegen Rechtsextrem? Wer ist Teil dieser „Brandmauer“ und was soll sie beschützen? Und was ist eigentlich „unsere Demokratie“? Kann ein Aufstand anständig sein? Wir stecken mitten in einer Weichenstellung des zukünftigen politischen Diskurses. Nur wenn wir uns dessen bewusst sind, können wir auch entscheidend mitbestimmen.

Eine gute und eine schlechte Nachricht. Die Gute: Seit langem gab es keine so großen Proteste gegen Rechts mehr wie in den letzten Wochen und Monaten. Millionen Menschen auf den Straßen, nicht selten so viele, dass Proteste abgesagt werden mussten, weil sie zu groß waren. Die Schlechte: Diese Proteste sind in weiten Teilen konservativ. Konservativ in dem Sinne, dass der inhaltliche Schwerpunkt oft auf der Verteidigung und dem Erhalt der herrschenden Verhältnisse liegt. Das klingt natürlich schöner, wenn vom Aufstand der Anständigen und der Rettung der Demokratie die Rede ist - gemeint ist dasselbe. Der Ansatz: um gegen den aufkommenden Faschismus zu kämpfen, müssen wir als Restgesellschaft einen kleinsten gemeinsamen Nenner finden, den wir

Das Argument

Der steigende Rechtsextremismus ist kein Zufall, sondern ein gesellschaftliches Produkt. Proteste sollten deshalb nicht bei einem konservativen „Demokratie verteidigen!“ stehenbleiben, sondern klare Systemkritik äußern. Ein Kampf gegen Rechts muss den Kampf für das gute Leben aller beinhalten.

verteidigen. In diesem Fall den Erhalt der repräsentativen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, und so weiter. Es geht zu oft um das absolute Minimum. Und wehe, es geht um mehr: was soll denn mit den Konservativen passieren, wenn nicht mehr zwischen Rechts und Rechtsextrem unterschieden wird? Lieber integrieren: und wenn dann auf einzelnen Demos selbst CDUler_innen Brandreden gegen die AFD schwingen (dürfen), schlägt das großdeutsche Herz höher. Aber ist dieser neue Antifaschismus, der die Quarzhandschuhe abgelegt und sie gegen Samthandschuhe getauscht hat, die richtige Strategie? Wie breit kann eine Bewegung sein, damit sie stabil bleibt, aber nicht unbeweglich wird? Treten wir kurz einen Schritt zurück. Rechtsradikale entstehen natürlich nicht im luftleeren Raum und nur weil sie vermeintlich antidemokratisch sind, müssen wir nicht plötzlich auf einen rein defensiven Systemerhalt zurückweichen. Denn was wird hier eigentlich verteidigt?

Was verteidigt wird. Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus beschreibt der Soziologe Vivek Chibber als nicht gerade glorreich: Eigentum und dessen Verteilung bestimmen maßgeblich die

politischen Geschicke. Reiche kommen leichter in die Politik oder können von außen Lobbyismus in ihrem Interesse betreiben. Gelebte Partizipation von oben also, während die meisten von uns froh sein können, wenn sie es am Sonntag zur Wahlurne schaffen und dann die nächsten Jahre jemand anderes für uns bestimmt. Und unabhängig von der aktuellen Regierung: in Zeiten des globalen Kapitalismus sind Maßnahmen wie nachhaltige Umverteilung von Reichtum oft schwer möglich. Die wirtschaftliche Macht von Großkonzernen schafft einen engen Rahmen, aus dem realpolitisch schwer auszubrechen ist. Und wenn dann in Österreich die obersten fünf Prozent mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens besitzen, ist das demokratiepolitisch mindestens schwer bedenklich. Treffen sich ein Elektriker und eine Milliardenerbin auf einer Demo. Verteidigen beide die gleiche Demokratie?

Von dieser demokratischen Schieflage im Kapitalismus profitieren natürlich nur wenige - sollten die restlichen 95% dann nicht mit Leichtigkeit Reformen im Sinne der Mehrheit erkämpfen können? Nicht wenn ihnen andere Interessen wichtiger erscheinen! Wem weisgemacht wird, dass das größte Problem "die Ausländer" seien, der sieht im österreichischen Milliardär einen Landsmann und kein Demokratieproblem. Rechte Kulturkämpfe treiben die inszenierten Unterschiede zwischen Geschlechtern, Herkunft und so weiter voran und verschleiern damit zugrundeliegende Machtverhältnisse. Kurz nach dem zweiten Weltkrieg schreibt die politische Theoretikerin Hannah Arendt ihr politisches Hauptwerk, *The Origins of Totalitarianism*. Darin nennt sie als zentrale



© Elias Posch

Bedingung für den Erfolg totalitärer Ideologien die Handlungsunfähigkeit durch Verlassenheit. Wer von sich und seinen Mitmenschen stark entfremdet ist, wenn eine Gesellschaft sich im Gegeneinander, statt im Miteinander befindet, bieten Nationalismus und Führerkult Halt. Diese gefährliche Entfremdung spüren wir im krisengebeutelten, individualistischen Spätkapitalismus immer mehr. Handeln ist für Arendt das selbstermächtigte, gemeinsame und politische Agieren von Menschen auf Augenhöhe. Repräsentative Demokratien wie unsere entpolitisieren in diesem Sinne ihr Wahlvolk, ist doch ihre zentrale Dynamik nicht das aktive politische Handeln, sondern gerade die Stimm-Abgabe, um andere für sich entscheiden zu lassen. 25% Nichtwähler_innen sind kein Zufall: Das resignierte „Wählen ändert eh nix“ ist heutzutage keinem übelzunehmen. Um es mit KIZ zu sagen: „Ihr könnt im Wahllokal ankreuzen, wer den Puff besitzt - Es bleiben immer die gleichen Freier, den'n ihr ein'n lutschen müsst.“

Kurzum: Rechtsextremismus ist weniger eine Gefahr, als vielmehr Produkt und Stütze der herrschenden Verhältnisse. Unser politisches System fördert

Unmündigkeit, unser wirtschaftliches verhindert bedeutsame Veränderungen im Interesse der Mehrheit. Zeit für einen Strategiewechsel?

Das gute Leben. Ein rein moralistisches „Gegen Rechts“ ist wenig überzeugend, überlegte Systemkritik muss deshalb eine weitere Komponente beinhalten. Demos gegen Rechts müssen den Anspruch haben, mit beiden Beinen in der breiten Gesellschaft zu stehen. Das heißt aber nicht, Politiker_innen aus möglichst allen Ecken einzuladen. Der Protest auf der Straße ist kein Wahlspektakel, sondern das Sprachrohr derjenigen, die nicht täglich in Medien und Parlament zu Wort kommen. Breit aufgestellt zu sein heißt stattdessen den Anspruch zu haben, nicht immer dasselbe, links-liberale Publikum anzusprechen, sondern klarzumachen, dass „Gegen Rechts“ auch „Für das gute Leben“ heißt. Ein gutes Leben ist eines ohne finanzielle Not, ohne Repression oder Vereinsamung, stattdessen materielle Sicherheit, freie Gesundheitsversorgung und gesellschaftliche Teilhabe. Es ist selbstverständlich, dass ein glaubhafter Kampf gegen Rechts auch feministisch, antirassistisch und kapitalismuskritisch ist. Gleichzeitig muss klar sein, dass die

Arbeiterin, die Gendern komisch findet, willkommener ist als ihr Chef, der Pride-flags postet und Löhne drückt.

Dieses gute Leben für Alle muss wieder zum Politikum werden. Denn gut und für alle schließen sich nicht aus. Mein gutes Leben ist eben nicht von deinem guten Leben bedroht, sehr wohl aber von radikaler Vermögenskonzentration wie in Österreich. Unsere Mitstreiter_innen im Kampf gegen Rechts und für das gute Leben sind die 95%, für die das gute Leben noch fern ist. Ihre Wut und Angst vor sich zuspitzenden Verhältnissen ist verständlich. Diese Menschen müssen wir abholen wo sie stehen, um eine befreite, gerechte und radikal demokratische Gesellschaft des Miteinanders zu erkämpfen.

Arendt, H. (2011). *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft: Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus* (14. Aufl.).

Chibber, V. (2021). *Das ABC des Kapitalismus: Band I-III.*

Moritz Leitner arbeitet und studiert Erziehungswissenschaften und Philosophie in Innsbruck.

IM WINDSCHATTEN DER UNZUFRIEDENHEIT

Wie Rechtsextreme Proteste unterwandern und für sich nutzen.

Immer wieder versuchen Rechtsextreme, Protestbewegungen zu kapern. Auch wenn dies nicht immer erfolgreich ist, darf die Gesellschaft davor nicht die Augen verschließen.

Seit der Corona-Pandemie erlebt die FPÖ in den Meinungsumfragen einen Höhenflug. Nicht unwesentlich dazu beigetragen haben dürfte ihre Positionierung gegen die Maßnahmen der Regierung und in Folge dessen auch die Beteiligung an Corona-Demonstrationen. Die FPÖ, sowie in kleinerer Form auch ihre Abspaltung BZÖ und neugegründete Parteien (MFG, dieBasis), boten sich in der Pandemie als einzige parlamentarische Verbündete für Impfgegner_innen an. Dadurch dürften sich auch Personen, welche keine überzeugten FPÖ-Wähler_innen sind und andere Programmpunkte vielleicht sogar ablehnen, aus einer vermeintlichen Perspektivlosigkeit dieser Partei zugewandt haben. In Deutschland versuchte die AfD Partei es auf die gleiche Weise, wenn auch weniger erfolgreich. Doch nicht nur rechtsextreme Parteien, auch ihre Vorfelddorganisationen und andere rechtsextreme Gruppierungen versuchten im Zuge der Corona-Proteste an Einfluss zu gewinnen.

FPÖ und andere Schwurbler. In den Jahren der Pandemie wurde Wien zum Schauplatz unzähliger Demos gegen die Corona-Maßnahmen. Obwohl diese in ihrer Größe variierten und auch durch diverse Unstimmigkeiten bei den Organisierenden unterschiedliche Leute ansprachen, konnten sich hier vor

allem Gruppen aus dem militant-rechtsextremen Milieu sehr medienwirksam präsentieren. Während bei den gemeinsam veranstalteten Großdemos der Gruppen „FAIRDENKEN“ um Hannes Brejcha und „direktdemokratisch“ unter der Führung des Ex-BZÖ-Politikers Martin Rutter noch Vertreter aus allen Bereichen der extremen Rechten auf den selben Demos liefen, änderte sich dies, nachdem sich Rutter und Brejcha zerstritten hatten und begannen, jeweils eigene Demos zu organisieren.

Auf den Demos von „FAIRDENKEN“ fanden sich sehr bald Personen aus dem Umfeld des verurteilten Alt-Neonazis Gottfried Küssel ein, welche als „Corona-Querfront“ auch eigene Demos in Eisenstadt organisierten. Küssel pflegt enge Kontakte zu rechtsextremen Fußball-Hooligans, beispielsweise der Wiener Gruppe „Tanzbrigade“. Auf den Demos fielen diese Hooligans vor allem durch hohe Aggressivität und Angriffe auf Presse, Polizei und Gegendemonstrierende auf.

Gleichzeitig begaben sich die neurechten „Identitären“ in das Lager von Martin Rutter. Mehrmals traten Mitglieder der Gruppierung auf den Demos auf, darunter Martin Sellner und Jakob Gunacker. Anders als den Rechtsextremisten um Küssel ging es den „Identitären“ in erster Linie nicht darum, aktiv Personen, welche in ihr Feindbild fallen, anzugreifen, sondern sich durch martialisches Auftreten mit mehreren Transparenten, Vermummung, Pyrotechnik und Knüppelfahnen

auf den Demos bemerkbar zu machen und die daraus resultierenden Bilder für ihre Propaganda zu nutzen. Das soll allerdings nicht heißen, dass „Identitäre“ nicht gewalttätig wurden: In Videos diverser Demos ist zu sehen, wie Demo-Teilnehmende unter Anleitung rechtsextremer Akteure Polizeiketten durchbrechen oder auf Pressevertreter_innen losgehen. Wie man auf Transparenten und in Redebeiträgen erkennen konnte, ging es den „Identitären“ nicht nur um Corona oder die Impfung, sondern auch darum, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Positionen in diese Proteste hineinzutragen. Eine weitere Absicht, die sie verfolgten, war die Rekrutierung neuer Mitglieder; dies gelang ihnen auch teilweise, beispielsweise durch Personen aus dem Umfeld der verschwörungsideologischen Gruppe „Studenten stehen auf“, welche fortan immer wieder auf rechtsextremen Demos auftraten. Aber auch die stärkere personelle Überschneidung mit der Freiheitlichen Jugend kann als Resultat der gemeinsamen Auftritte auf Coronademos betrachtet werden.

Rechte Mobilisierungen. Diese Taktik ist grundsätzlich nichts Überraschendes, vor allem wenn man betrachtet, dass die „Identitären“ seit einigen Jahren immer weniger Personen aus eigener Kraft mobilisieren konnten. Bei vergangenen Demos, welche direkt von den „Identitären“ oder einer ihrer Tarnorganisationen in Wien veranstaltet wurden, kamen nie mehr als 500 Teilnehmende. Auch bei der rassistischen „Remigrationsdemo“ im Juli 2023 konnte diese Zahl nur auf-



grund monatelanger Mobilisierung in europäischen Nachbarländern erreicht werden, da viele der Teilnehmenden aus Deutschland, der Schweiz oder Belgien angereist waren. Die „Identitäre Bewegung“ und andere Rechtsextreme setzen jetzt darauf, sich in den Windschatten von Protestbewegungen zu stellen, die zwar nicht direkt aus dem Milieu des militanten Rechtsextremismus kommen, aber diesem nicht ablehnend genug oder schlimmstenfalls sogar offen gegenüberstehen.

Bauern und Nazis. Ein aktuelleres Beispiel dafür liefern die Proteste deutscher Landwirt_innen zu Beginn des Jahres: Dabei wurde hauptsächlich gegen die Streichung von Subventionen für Agrardiesel sowie strengere Umweltauflagen demonstriert, da sich Landwirt_innen dadurch in ihrer Existenz bedroht sahen. Auch wenn diese zu großen Teilen von regionalen Bauernverbänden getragen wurden, haben sich hier Rechtsextreme aus verschiedenen Spektren, von der AfD über Coronaleugner_innen bis hin zu neonazistischen Gruppen wie dem „III. Weg“, in diese Proteste eingebracht. Als „Hauptfeind“ wurden die Regierungsparteien SPD, FDP und vor allem die Grünen betrachtet.

Durch eine thematische Ausweitung weg von der Landwirtschaft allein und hin zum „Mittelstand“, welcher durch die Politik der Ampelregierung vermeintlich ausgelöscht werden würde, wurde von diversen Akteur_innen versucht, das Momentum der Corona-Proteste wieder aufleben zu lassen.

Diese Versuche, die ursprünglichen Themen eines Protests mit den eigenen Motiven, beispielsweise Rassismus, antieuropäische und nationalistische Tendenzen oder Antisemitismus, zu verknüpfen, sind ebenfalls ein maßgeblicher Teil dieser Taktik. Bei den Corona-Demonstrationen wurde hierzu oft auf die antisemitischen Verschwörungsideologien des „Great Reset“, beziehungsweise des „Great Replacement“ Bezug genommen; diese besagen, dass eine (jüdische) Weltelite versucht, durch die Impfung, Abtreibung und gesteuerte Zuwanderung die „europäische Kultur“ auszulöschen.

Ganz so extrem ist es bei den Bauern-demos nicht, auch weil sich hier eher gemäßigttere Mitte-rechts Parteien wie CDU/CSU und Freie Wähler als parlamentarische Vertretung dieser Proteste anbieten; außerdem stehen, ähnlich wie

in Österreich, die Landwirtschaftsverbände traditionell dem konservativen Lager näher, weshalb eine Öffnung nach Rechtsaußen zumindest im offiziellen Rahmen unwahrscheinlich bleibt. Dennoch wird auch hier durch rechte Gruppen und Einzelpersonen versucht, nationalistische und rassistische Spins einzubringen, etwa durch die Behauptung, die Regierung würde mehr Geld an Geflüchtete ausgeben als an den deutschen Mittelstand. Bei manchen Traktor-Demonstrationen zeigten Personen auch die Fahne der nationalsozialistischen Landvolk-Bewegung.

Schlussfolgerungen. Doch was ist die Konsequenz daraus? Während Journalist_innen und antifaschistische Initiativen immer wieder auf rechte Unterwanderungen hinweisen, wird dem vor allem innerhalb des konservativen Lagers eher mit Gleichgültigkeit begegnet. Gerade die Corona-Proteste haben gezeigt, wie schnell Rechtsextreme und ihre Positionen innerhalb einer Protestbewegung geduldet oder gar begrüßt werden, wenn es gegen einen gemeinsamen vermeintlichen Feind geht. Die Zivilgesellschaft darf dieses Potenzial nicht unterschätzen und muss sich entschieden gegen rechtsextreme Tendenzen in allen Protestbewegungen stellen.

KULTUR GEGEN RECHTS RUCK



BEYOND TRAGEDY

Unraveling Femicide, Immigrant Marginalization by Far-Right Blame, and Art's Redemption Quest.

On February 24th, a troubling wave of far-right propaganda reshaped the tragic events of the previous night. Five women were murdered in crimes deeply rooted in gender bias, yet the narrative quickly shifted – immigrants were blamed, and the term 'femicide' was called into question, implying that the victims somehow brought this upon themselves.

Among the chaos, three women were savagely killed in a brothel, and in a separate, equally tragic event, a mother and daughter were victims of domestic violence. This misdirection, which scapegoats immigrants for deeper societal issues, distorts public perception and adds to the struggles of those who are already marginalized – particularly immigrants, women, and sex workers. This article dives into the effects of such far-right narratives on public discussions. We'll also look at how art, especially cinema, challenges these distortions and offers a way to see, understand, and maybe even correct these harmful views.

A Bloody Friday. February 23rd witnessed a horrific tragedy when a 51-year-old woman and her daughter were brutally murdered by the husband and father in their family home. This grievous event alone marked the day with profound sorrow, yet the violence did not cease there. Just a few hours later, three women working in a brothel were also killed under brutal circumstances.

All five deaths share a common,

unsettling theme: they were victims of what is increasingly recognized as femicide, targeted for their gender in acts driven by entrenched societal roles. These crimes underscore a grim pattern of gender-based violence, highlighting urgent issues of safety and equality that demand attention. This is indicative of the broader issue of marginalization, a process where certain groups, in this case, women, are pushed to the edge of society, given lesser importance, and systematically deprived of resources and rights. Such marginalization not only limits their opportunities but also exposes them to greater risks, including violence. The tragic events of February 23rd are a stark reminder of the deadly consequences of such societal neglect.

A game of blame and prejudice. Surprisingly, a review of the coverage in various news outlets, including diverse magazines like 'Der Standard', 'Heute', and 'Krone', reveals a troubling perspective in the comments section. A significant proportion of these comments, more than 60 percent – with over 75 percent in 'Heute' and 'Krone' – either question the very existence of the term 'femicide' or wrongfully shift the blame onto immigrants. These responses – are not only misinformed but also alarmingly xenophobic, with some even suggesting that immigrants should be barred from entering the country. This kind of rhetoric serves to further marginalize already vulnerable groups, intensifying divisions and perpetuating a cycle of misunderstanding and prejudice. This is an example of how

far-right rhetoric can manipulate blame, shifting it from one marginalized group to another, or even blaming the victims themselves for their predicament.

To those who argue that barring immigrants from entering Austria could halve the number of femicides, since allegedly half of the perpetrators are immigrants, I present a crucial counterpoint. It is vital to recognize that a significant number of the victims are also immigrants. Applying the same logic, one could absurdly suggest that banning all men from Austria might eliminate nearly 100% of femicides. Clearly, this points to the flaw in scapegoating specific groups rather than addressing the root causes of violence.

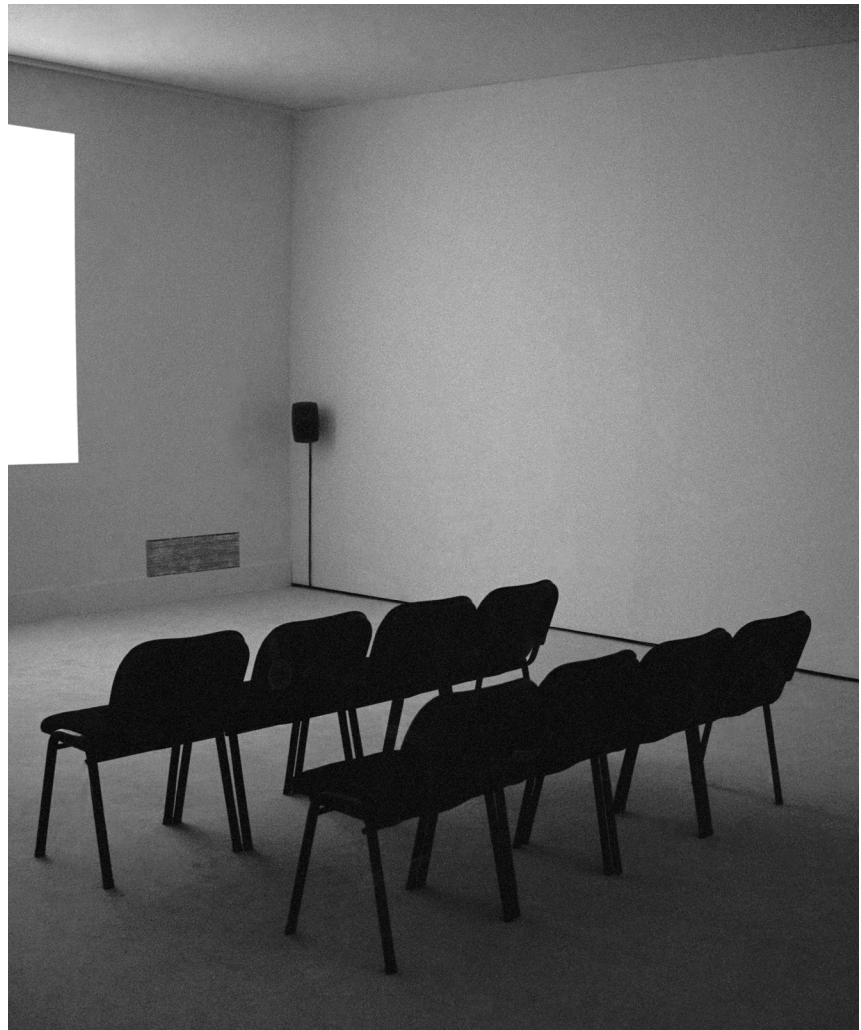
Addressing domestic violence is crucial, as many femicides begin with less severe forms of violence that escalate over time. Notably, in 2022, women in Austria earned 18.4% less than men. Such wage disparities undermine women's independence and can trap them in violent domestic situations. Moreover, the social stigma fueled by far-right narratives against sex workers – a profession predominantly chosen done by women – deprives these workers of the respect typically afforded to male-dominated professions and can put them in additional danger.

Simone de Beauvoir poignantly noted in 'The Second Sex', 'One is not born, but rather becomes, a woman.' This transformation is heavily influenced by societal norms and cultural narratives. In this vein, Joseph Beuys's assertion that art can

instigate societal change becomes particularly poignant. Cinema, as a powerful form of art, holds the potential to reshape society's views on women and impact the perception and treatment of further marginalized groups such as sex workers.

Reframed, in frame. As Nozhat Bady elaborates in her article "Kill, My Love" on 1940s noir films, works like "Gaslight" and Fritz Lang's "Secret Beyond the Door" vividly depict how victims of domestic violence can become trapped, unable to perceive the truth or acknowledge the violence committed by a loved one. These films expose viewers to the grim realities of such situations, emphasizing the psychological manipulation and harm involved. In more recent years, feminist cinema has taken proactive steps beyond merely raising awareness. It has begun to advocate for liberating actions, featuring films that not only highlight issues but also inspire women to take transformative steps. For example, 'A Single Woman' by Paul Mazursky portrays how a woman alone can achieve her dreams and be self-sufficient, by showing her transformation following a forced divorce.

However, it is crucial to distinguish between films that call for change and those that cater to neoliberal sentiments. Mark Fisher, in his book "Capitalist Realism", critiques how certain films, like "Wall-E", perform our anti-capitalism for us – what Robert Pfaller has termed 'interpassivity.' These films allow us to feel enlightened about our awareness while enabling us to continue consuming without prompting



© Lukas Pürmayr

real change. This critique is now applicable to the movie "Barbie", which, despite displaying feminist values, leads to no substantive action or systematic change. Moreover, it generated significant profits for a company long criticized for perpetuating unrealistic body standards among women.

Lastly, let's examine how cinema can reshape perceptions about sex workers and help break the social stigma surrounding them. A notable film is Yorgos Lanthimos's recent work 'Poor Things' which illustrates how working as a prostitute becomes liberating for the protagonist, Bella, enabling her to gain independence and forge human connection. Another example is 'Belle de Jour' by Luis Buñuel, which explores the mystery and allure of prostitution through the eyes of a wealthy woman who becomes a sex worker, revealing the complex motivations and

experiences behind such choices. More films like these in coming years could significantly alter public perceptions.

I hope this serves as a compelling example of how art can function as a powerful tool to instigate change and provide cultural policy solutions to de-marginalize diverse groups. This stands in stark contrast to far-right distortions of narratives, which further marginalize these communities.

Beauvoir, S. (1952). *The Second Sex* (H. M. Parshley, Trans.). Knopf.
 Harlan, V. (2004). *What is Art?: Conversations with Joseph Beuys*. Clairview Books.
 Fisher, M. (2009). *Capitalist Realism: Is There No Alternative?* Zero Books.

Mehrta Shirzadian is a PhD Candidate in Molecular Biology and a Master's Student in Art and Science, at the University of Applied Arts Vienna.

„Besonders Autofiktionen ermöglichen uns Perspektiven, die uns sonst nicht immer zugänglich sind.“

NICHT NUR LESEN GEGEN RECHTS, ABER AUCH

(Auto)fiktionale Bücher, die zu politischer Handlungslust beitragen können.

Der spürbare Rechtsruck in Europa lässt sich nicht allein durch Lesen abwenden. Schon Stefan Zweig beschrieb vor fast 100 Jahren in seiner Autobiografie *Die Welt von Gestern*, wie sehr er gegen den aufkommenden Faschismus angelesen und angeschrieben hatte. Auch ohne die Stefan-Zweig-Lektüre ist klar, wir können noch so viel diskutieren, lesen, schreiben oder Seminare belegen und dennoch sind rechte Bewegungen in ganz Europa auf dem Vormarsch.

Wer trotzdem noch etwas übrig hat für die Literatur, fragt sich vielleicht: Was lesen gegen den Faschismus? Nicht nur Theorietexte sind hilfreich, um die absolute Notwendigkeit einer solidarischen Zukunft zu verstehen. Besonders Autofiktionen ermöglichen uns Perspektiven, die uns sonst nicht immer zugänglich sind. Aus Empathie kann Solidarität und Wut über die unerträgliche Un-

gerechtigkeit entstehen, die durch kapitalistische, rassistische und patriarchale Politik jeden Tag reproduziert wird. Gleichzeitig haben autofiktionale Texte das Potenzial, unglaublich heilsam zu wirken. Heilsam wie Fatima Daas' Debütroman *Die jüngste Tochter*, indem sie die Geschichte einer jungen lesbischen Muslima in den Vororten von Paris erzählt. Der Roman zeigt poetisch, wie eine rassifizierte und queere Person lernt, sich selbst anzuerkennen.

Wütend machend schreibt der schweizerisch-kamerunische Autor Max Lobe in seinem autobiografisch gefärbten Roman *Drei Weise aus dem Bantuland* über Rassismus und Queerfeindlichkeit in der Schweiz. Nach seinem Studium hat der junge schwarze Protagonist Mwána Probleme, eine Lohnarbeit zu finden. Im Gegensatz zu privilegierten weißen Kommil-

iton_innen, die die Unterstützung ihrer Eltern sowohl finanziell als auch durch deren Kontakte genießen, ist Max Lobes Protagonist auf sich allein gestellt. In dem Roman geht es um die Ambivalenzen innerhalb einer linken Bewegung. Lobes Figur beginnt ein prekäres Praktikum bei einer Non-Government-Organisation, die sich gegen Rechtsruck einsetzt. So demonstrieren sie alle zusammen gegen das rassistische Schäfchenplakat der Schweizerischen Volkspartei, während er seit Tagen aufgrund seiner finanziellen Lage kaum etwas gegessen hat.

Rechte Politik schafft Tatsachen. Der französische Autor Édouard Louis schreibt: „Die Herrschenden mögen sich über eine Linksinregierung beklagen, aber keine Regierung bereitet ihnen jemals Verdauungsprobleme, keine Regierung ruiniert ihnen jemals den Rücken, keine Regierung treibt sie dazu, ans Meer zu

fahren. Die Politik verändert ihr Leben nicht oder kaum." (S. 71) Er bezieht sich hier auf die Auswirkungen, die Sarkozys Politik auf das Leben seiner Familie hatte. Louis schreibt: „Für die Herrschenden ist die Politik weitgehend eine ästhetische Frage: eine Art, sich zu denken, sich zu erschaffen, eine Weltsicht. Für uns ist sie eine Frage von Leben und Tod.“ (S. 71) Louis erzählt von Sozialhilfekürzungen und wie die Politik Menschen in den Arbeitsmarkt drängt, gleichzeitig wird die Vermögenssteuer gesenkt. Louis lässt uns die Tatsachen, die rechte Politik schafft, in seinem Buch *Wer hat meinen Vater umgebracht?* verstehen.

Diejenigen, denen die Klimakrise schlaflose Nächte bereitet, können Robin Wall Kimmerer lesen. In *Geflochtenes Süßgras* erzählt die Botanikerin

und Angehörige der Potawatomi eine Geschichte über die Beziehung zwischen Mensch und der sogenannten Umwelt. Hier habe ich gelernt, dass eine „Bucht sein“ ein Verb sein kann und dass ich am Ende vielleicht mehr mit einem Berggipfel gemeinsam habe, der im Kapitalismus ausgebeutet wird, als mit einem Jeff Bezos oder Elon Musk.

Bücher zu lesen wird die FPÖ, die AfD und die Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts nicht stoppen können. Es kann aber trotzdem helfen: Die erlebte Empathie und Solidarität beim Lesen sind nämlich nicht fiktiv. Immer wieder erfahren, kann sie uns weiter politisieren.

Daas, F. (2021) *Die jüngste Tochter*. Claassen Verlag.

Kimmerer, R. W. (2021) *Geflochtenes Süßgras*. Aufbau Verlag.

Lobe, M. (2020) *Drei Weise aus dem Banutland*. Austernbank Verlag.

Louis, É. (2019) *Wer hat meinen Vater umgebracht*. S. Fischer Verlag.

Zweig, S. (2013) *Die Welt von Gestern*. Anaconda Verlag.

Carlotta Partzsch hat Literaturwissenschaften an der Uni Wien studiert und ist jetzt im Master in Critical Studies an der Akademie der bildenden Künste Wien.

Buch-Rezension

Zerlegung menschlicher Abgründe



Die Landschaft ist schön, aber die Menschen sind schlimm. Der Debütroman von Julia Jost wirft das Lachen in den Hals. Man fühlt sich an Thomas Bernhard erinnert. Denn wovon in der Landeshymne die Rede ist, trifft bei all der Liebe, die Kärntner_innen für ihre Heimat aufzubringen

meinen, nicht zu. Stattdessen katholische Heuchelei, patriarchale Willkür, körperliche wie psychische Gewalt und ausufernder Sexismus. Und es mischen sich nationalsozialistisch-rechtspopulistische Gesinnungen dazu, die schon immer unter der Oberfläche da gewesen sind. All das fördert die elfjährige Erzählerin zutage.

Es ist 1994. Während immer mehr Nachbarsleute am Gasthof Gratschbacher Hof eintreffen, um beim Umzug mitanzupacken und die Habseligkeiten in die Lastwagen zu verstauen, sitzt die Erzählerin unter einem solchen und beobachtet die Gegend um sich herum. Mit jedem ankommenden Nachbarn erinnert sie sich an Geschichten, die in Abgründe blicken lassen.

Jost zeichnet harte Lebensrealitäten und schildert diese durch Kinderaugen – und das unterlegt sie mit einem schrecklich-boshaften Spaß, der in eine überbordende Art übergeht. Der Text verlangt einem vieles ab. Zum einen sind

es Bosheiten und arge Zuspitzungen, die in alle Richtungen reichen. Die Autorin kombiniert Ernst mit wuchtiger Satire. So bröckeln die Ernsthaftigkeiten dahin. Zum anderen ist es gerade dieser bissige Witz, der als Skalpell für die Dorfgeschichten dient und das raue politische Klima, den Rechtspopulismus und die braungefärbte Gesinnung hinter dem Karawanken-Gebirge entlarvt. Diese Einsicht wiegt umso schwerer, als die Erzählerin zu jung ist, um die Geschichten im Einzelnen und als großes Ganzes verstehen zu können.

Um unter den brutalen Momenten nicht zerdrückt zu werden, existiert die Liebe zu Luca. Diese hält aufrecht, beschert Augenblicke voller Glück und vermag es, die Wirklichkeit besser zu machen als sie ist. Es ist das wunderbare Gegengewicht im Roman.

Sebastian Grayer studiert Germanistik, Sprachwissenschaft und Soziologie an der Karl-Franzens-Universität Graz.

POLEN, POLITIK, PERFORMANCE

Wie der polnische Kunstbereich auf den andauernden Rechtsruck reagiert.

Im letzten Oktober wendet sich die polnische Politik durch die Abstimmung zum Sejm (die polnische Volksvertretung). Die Rechtspartei PiS verliert die Mehrheit in der Regierung, in ihrer Legislaturperiode fanden umfassende Veränderungen statt, die europaweit stark diskutiert wurden.

Um nur ein paar aufzuzählen: Der Sturz der Gewaltenteilung, ein sehr restriktives Abtreibungsgesetz und die Übernahme des staatlichen Fernsehsenders mit propagandähnlichen Inhalten, die auch in die Schulausbildung eingeführt wurden (Unterteilung des Geschichtsunterrichts in „Geschichte“ und „Geschichte und Gegenwart“).

Anti-LGBTQIA*-Politik. Das rechte Narrativ war ebenso mit Anti-LGBTQIA*-Politik besetzt, was sich in sogenannten Anti-LGBTQIA*-Zonen, Demonstrationsverboten und einer generellen legitimierten „Alltagsaggressivität“ gegen queere Menschen geäußert hat. In polnischen Städten führen mit Lautsprechern ausgestattete „Anti-LGBT-Wagen“ herum, die vor einer angeblichen „LGBT-Lobby“ warnen; Nationaltagdemos verwandelten sich zu Demonstration der Gewalt und Drohung – 2020 wurde eine Warschauer Wohnung von rechtsextremen Demonstrant_innen in Brand gesetzt, weil eine Regenbogenfahne am Fenster hing. Eine menschenfeindliche Diffamierung der Queer-Community mit Vorwürfen

und Schlagworten wie „Pädophilie und Ideologie“ wurde in der polnischen Mehrheitsgesellschaft keineswegs skandalisiert: Sogar der Präsident Andrzej Duda unterstützte solche entmenschlichenden Generalvorwürfe: „Es wird versucht uns einzureden, meine Damen und Herren, dass sie (die Queer-Community) Menschen seien“ (Malinowski, 2020).

Die Jahre 2015-2023 waren auf verschiedenen Ebenen besonders schwer; davon betroffen war etwa auch der Kunstbereich. *An ihr (der Kunst) kann man lernen, was heute analog auch in der Gesellschaft mit ihren differenten Lebensformen wichtig wird: Anerkennung des Differenten, Verbot von Übergriffen, Aufdeckung impliziter Überherrschaft, Widerstand gegen strukturelle Vereinheitlichung, Befähigung zu Übergängen ohne Gleichmacherei.* Die Worte von Wolfgang Welsch stehen ganz im Einklang mit der gegenwärtigen Situation in Polen. Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte tauchte eine neue künstlerische Strömung auf, die sich grob mit Gegenwartsproblemen auseinandersetzt. Von globalen Einflüssen der Konsumkultur bis zur Emanzipation der Frau im Wohnblock-Kiez.

Sichtbarkeit von trans Personen im Theater. Im März 2023 fand in Lodzer Teatr Nowy eine für Präsenz und Sichtbarkeit von trans Personen bahnbrechende Uraufführung des Stücks „Dobrze

ułożony młodzieniec“ statt. Die aufgeführte Tragödie entstand durch die enge Mitarbeit mit der lokalen Queer-Community. Im Zentrum der aufgeführten Geschichte steht ein trans Mann, dessen Rolle ebenso von einem trans Mann gespielt wurde, nämlich von Edmund Krempirski. Die Geschichte des Theaterstücks erzählt die Realität der 1930er Jahre aus einer besonderen Perspektive – man erfährt alles über ein gerichtliches Verfahren gegen den Protagonisten.

In der Rahmenhandlung lernt man auch den Charakter Eugeniusz Steinbart genauer kennen. Zu Beginn der Geschichte verwirft er seine von Geburt zugeschriebene Identität und fängt an, sich mit den Dokumenten eines verstorbenen Verwandten auszuweisen. Er entschließt sich so zu leben, wie er es immer wollte und beehrte. Sein Kampf setzt sich auf beiden Erzählebenen durch – vor dem Gericht wird er unaufhörlich vom Anwalt mit sie/ihr angesprochen und im Alltag als Arbeiter wird er von Kollegen beschimpft und ausgesetzt. Nachdem er einen Selbstmordversuch begeht, trifft er auf seine zukünftige Frau, mit der er eine Familie gründet. Später geht das Bild einer den ‚Normen‘ entsprechenden Familie in Erfüllung, indem sie gemeinsam ein Kind großziehen. Innerhalb der erweiterten Familie wird diese Realität jedoch scharf missbilligt, so trichtert die Schwiegermutter von Eugeniusz sei-



© Vanessa Hunderprfund

nem Kind ein, Eugeniusz sei doch kein echter Vater. Sie möchte die Familie von Eugeniusz nicht akzeptieren.

Mit Kriegsausbruch kollaboriert Eugeniusz; die Nationalsozialist_innen stellen keine weiteren Fragen. Eugeniusz kommt in moralische Zwickmühlen; er verrät seine Schwiegermutter, weil sie Frauen bei der Abtreibung half, die von Besetzern vergewaltigt wurden. Diese Handlung zeichnet Eugeniusz als moralisch grauen Charakter, er ist von Gewalt betroffen und reproduziert gleichzeitig Gewalt als Täter.

Diese Geschichte veranschaulicht dem Publikum den allgegenwärtigen Gesellschaftsanteil von trans Personen. Trans sein ist kein neomodischer Trend – trans Personen waren schon immer ein Teil unserer Gesellschaft und werden es

auch immer bleiben.

Im polnischen Theater war das Theaterstück ein echtes Novum. Die Handlung beruht auf realen Geschehnissen und in das ganze Projekt wurde die lokale Queer-Community miteinbezogen.

Nachdem die rechtspopulistische PiS-Partei seit den letzten Wahlen mehr und mehr an Einfluss verloren hat, gibt es in Polen erste Öffnungen für mehr Sichtbarkeit und Anerkennung von queeren Menschen. Der polnische Staatsender TVP hat etwa zu seinem ehemaligen ungerechtem Hass gegen LGBTQIA* bekannt. Die Veränderung setzt sich langsam durch, es wird besser!

Es wird besser. Nachdem die PiS-Partei an Einfluss verloren hatte, nahmen die Schikanen ab, der Staatsender hat sich

öffentlich für frühere Hass-Propaganda entschuldigt und das Thema der Homosexualität tauchte nicht mehr als Schande auf – der staatliche Sender hat schon homosexuelle Paare zum Frühstückfernseher eingeladen. Ein Privatsender TVN hat vor kurzem ein neues Programm gegründet – Drag Me Out, wo polnische Drag Queens berühmte Schauspieler_innen in Drag einkleiden. Die Veränderung setzt sich langsam durch, es wird besser!

Malinowski, P. (2020b, Juni 13). Andrzej Duda o LGBT: Próbuja mówić, że to ludzie. To ideologia - rp.pl. Rzeczpospolita. www.oh.at/poi

Eryk Wałowski studiert Germanistik und Philosophie an der Universität Wien.

GLOSSAR GEGEN RECHTS

In dieser Übersicht findet ihr Erklärungen zu Begriffen, die in dieser Ausgabe wiederholt vorkommen und/oder zentral für das Thema Rechtsruck sind.

ANTIFA

Abkürzung für antifaschistische Aktion. „Die Antifa“ ist keine einheitliche Gruppierung, sondern ein Überbegriff für verschiedene emanzipatorische Bewegungen und Politiken. In einem erweiterten Antifaschismusbegriff ist neben dem Kampf gegen Faschismus unter anderem auch Antirassismus, Antikapitalismus, Feminismus und eine Antisemitismus-kritische Haltung wichtig.

BIPOC

steht für „Black, Indigenous, and People of Color“ und bezeichnet nicht-weiße Personen.

FEMI(NI)ZID

bezeichnet die Ermordung von Frauen und Personen, die weiblich gelesen werden. „Femizid“ ist eine Variation dieses Begriffs und wird oft synonym verwendet. Femi(ni)zide werden in den meisten Fällen von Männern aus misogynen (frauenfeindlichen) Motiven begangen und sind eine besonders extreme Form der geschlechtsbezogenen Gewalt.

GREENLASH-EFFEKT

Wortkreation aus „Green“ und „Backlash“. Dieser Begriff bezeichnet den gesellschaftlichen Backlash gegenüber politischen Klimaschutz-Maßnahmen.

HEGEMONIALE MÄNNLICHKEIT

bezeichnet das dominante Männlichkeitsideal in einer Gesellschaft, das Männern bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen zuschreibt, während andere abgewertet werden. Es untermau-

ert Machtdynamiken und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Hegemoniale Männlichkeit ist durch ihre negativen Eigenschaften auf Männer selbst sowie deren Umfeld oft als „toxische Männlichkeit“ bekannt.

KREML

bezeichnet das politische Zentrum der russischen Föderation und liegt in Moskau. Es fungiert auch als Symbol für die russische Regierung unter Wladimir Putin.

LGBTQIA*

steht für „Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Intersex, Asexual“ (Lesbisch, Schwul, Bi, Trans, Queer, Intersex, Asexuell) und ist ein Akronym, das alle nicht-heterosexuellen und/oder nicht-cisgeschlechtlichen Personen umfasst. „Cis“ bezeichnet Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugeschrieben wurde.

PATRIARCHAT

bezeichnet unser aktuell vorherrschendes Gesellschaftssystem, in dem Männer die Hauptautorität und Macht innehaben, insbesondere in politischen, wirtschaftlichen, religiösen und familiären Angelegenheiten. Es manifestiert sich oft durch geschlechtsspezifische Hierarchien, in denen Männer privilegiert sind und Frauen untergeordnet oder marginalisiert werden.

REAKTIONISMUS

bezeichnet eine politische Haltung, die sich gegen strukturelle Veränderungen

richtet, und sich für die Wiederherstellung oder Stärkung traditioneller Werte und Autoritäten einsetzt. Oftmals wird der Begriff im Zusammenhang mit konservativen und anderen rechten Bewegungen verwendet, die gegen progressive Ideen und Veränderungen agieren.

REMIGRATION

Der Begriff wird oft im Kontext von rassistischen Abschiebefantasien verwendet, die darauf abzielen, bestimmte Bevölkerungsgruppen aus einem Land zu vertreiben. Remigration greift auf das antisemitische und rassistische Verschwörungsnarrativ des „Great Resets“ zurück, indem behauptet wird, Europäer_innen (wobei hier nur weiße Menschen gemeint sind) würden schrittweise von Geflüchteten und Migrant_innen „ersetzt“ werden. Mit der „Remigration“ sollen nicht-weiße Menschen aus europäischen Ländern abgeschoben werden, in der Wahrnehmung von Rechtsextremen wird damit der „europäische Kulturraum“ erhalten. Die Forderung nach „Remigration“ ist nichts anderes als ein sich anders artikulierender Aufruf zum Pogrom.

REPRESSION

bezeichnet die Unterdrückung oder das gewaltsame Vorgehen gegen Menschen, Gruppen oder Ideen durch staatliche oder autoritäre Kräfte. Es kann sich auf Einschränkungen der Meinungsfreiheit, politische Verfolgung oder physische Gewalt beziehen.

TAUBEN ALLER LÄNDER

